

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitung 40 Pfz. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die 4. Generalversammlung unseres Verbandes, findet laut Beschluss des Vorstandes am 3., 4., 5. und 6. Juli d.s. J.s. in Duisburg am Rhein statt. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

Anträge

zur Generalversammlung müssen bis spätestens Freitag, den 20. Mai d.s. J.s. an die Geschäftsstelle des Verbandes, Duisburg, Seitenstraße 12, eingesandt sein. — Alle Anträge müssen auf besonderem Blatt niedergeschrieben und mit einer eingehenden Begründung versehen sein. Anträge ohne Begründung werden nicht berücksichtigt.

Diese Bestimmung soll die Antragsteller veranlassen, ihre Wünsche erst einmal selbst ernstlich auf die Möglichkeit der Durchführung zu prüfen. Die einklaufenden Anträge werden der Reihe nach im Verbandsorgan veröffentlicht.

Die IV. Generalversammlung in Aachen hat beschlossen, daß durchschnittlich auf je 600 Mitglieder ein Delegierter gewählt wird. Bei der Zusammensetzung der Ortsgruppen zu Wahlbezirken, konnte nicht vermieden werden, daß bei einigen Bezirken kleinere Abweichungen vorhanden sind. Die Wahlen sollen vorgenommen werden nach folgender Einteilung der Ortsgruppen zu

Wahlbezirken:

(Die erste gesperrt gesetzte Gruppe in jedem Bezirk ist Wahlvorstand.)

1. Duisburg, Bocholt, Goch, Oberhausen-Wilhelm, zwei Delegierte.

2. Eisen a. d. Ruhr, vier Delegierte.

3. Gelsenkirchen, ein Delegierter.

4. Dortmund, ein Delegierter.

5. Osnabrück, Coesfeld, Dülmen, Höxter, Meppen, Münster, Rheyne, ein Delegierter.

6. Hamm i. W., Ahlen, zwei Delegierte.

7. Bielefeld, Oelde, ein Delegierter.

8. Lippestadt, Alme, Beverungen, Hoppecke, Niedereslohe, Olsberg, Paderborn, Warstein, ein Delegierter.

9. Hagen i. W., Schwelm, ein Delegierter.

10. Menden, Rinnentrop, Förde, Neheim, Olpe, Plettenberg, Werdohl, ein Delegierter.

11. Barmer, Elberfeld, Gräfrath, Immigrath, Leichlingen, Neviges, Ohligs, Raderothwald, Remscheid, Richrath, Solingen, Velbert, Wald, ein Delegierter.

12. Düsseldorf, ein Delegierter.

13. M. Gladbach, Amern-St. Anton, Eschweiler, Düsseldorf, Erkelenz, Grevenbroich, St. Löris, Viersen, ein Delegierter.

14. Aachen, Eupen, zwei Delegierte.

15. Würselen, Kehrscheid, ein Delegierter.

16. Eisdorf, Bonn, Kommern, Düren, Euskirchen, Hoven, Jüngersdorf, Koblenz, Mechernich, Rüsselheim, ein Delegierter.

17. Esch a. R. h., zwei Delegierte.

18. Siegen, Bebendorf, Engelskirchen, Frielingsdorf, B-Gladbach, Hönningen, Irlich, Karlsbüttel, Lindlar, Ruppichteroth, Sath, Siegburg, Stromberg, Wallau, ein Delegierter.

19. Saarbrücken, Kaiserslautern, Zweibrücken, ein Delegierter.

20. Mannheim, Bürstadt, Durlach, Eppstein, Frankenthal, Heidelberg, Lamrecht, Landau, Ludwigshafen, Niedarls, Neustadt a. d. S., Oggersheim, Rohrbach, Sinsheim, Speyer, ein Delegierter.

21. Freiburg i. Br., Fassau, Furtwangen, Garzburg, Gebweiler, Markirch, Metzweiler, Mühlhausen i. Els., Neustadt (Baden), Rheinfelden, Straßburg i. E., ein Delegierter.

22. Billigheim, Gütenbach, Konstanz, Lauterbach, Madolfszell, Siegen, Schramberg, Schwenningen, Ettringen, Tuttlingen, Vöhrenbach, ein Delegierter.

23. Pforzheim, Bruchsal, Ehingen, Geisingen, Heidenheim, Heilbronn, Karlsruhe, Rastatt, ein Delegierter.

24. Schwäb. Gmünd, Göppingen, Ulm, Unterlochen, Wasseralfingen, zwei Delegierte.

25. München, Altötting, Augsburg, Bergen, Freising, Hammelburg, Kempten, Landsberg, Passau, Ravensburg, Sontheim, Schussenried, ein Delegierter.

26. Nürnberg, Bobenvöhr, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Landshut, Oberpfälz, ein Delegierter.

27. Sulzbach, (Oberpfälz), Amberg, Bamberg, Marktredwitz, Pegnitz, Regensburg, Schweinfurt, Straubing, Teublitz, Weiberhamm, ein Delegierter.

28. Offenbach a. M., Aschaffenburg, Darmstadt, Frankfurt a. M., Fulda, Hanau, Heddesheim, Höchstädt, Mainz, Oberursel, St. Steinheim, Bach, Wiesbaden, ein Delegierter.

29. Lier, Altenau, Aßfeld, Beverungen, Cassel, Clausthal, Dingelstädt, Eisenach, Großauheim, Langelsheim, Lautenthal, Mülhausen i. Th., ein Delegierter.

30. Hannover, Braunschweig, Dinklage, Hildesheim, Holzhausen, Neine, Seligenthal, Wolfenbüttel, Wülfel, ein Delegierter.

31. Magdeburg, Bautzen, Chemnitz, Dessau, Dresden, Eilenburg, Erfurt, Glauchau, Görlitz, Grottkau, Halle a. d. S., Helmstedt, Höxter, Leipzig, Lerbach, Meissen, Salzwedel, Thale, ein Delegierter.

32. Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Flensburg, Kiel, Leer, Lübeck, Norden, Oldenburg, Papenburg, Rendsburg, Schiffbek, Schwerin, Wilhelmshaven, ein Delegierter.

33. Berlin, Bromberg, Danzig, Elbing, Graudenz, Königsberg, Stettin, ein Delegierter.

34. Katowitz, Breslau, Forst, Königshüll, Neisse, Oppeln, Reichenstein, Schweidnitz, Theresienhütte, Woszowska, ein Delegierter.

Wahlvorschriften.

1. Um die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung einheitlich durchzuführen, ist ein Wahltag für alle Wahlbezirke im ganzen Verband festgesetzt. Die Wahlen müssen am Sonntag, den 8. Mai c.r. in allen Ortsgruppen vorgenommen werden. Wo eventuell eine Stichwahl nötig wird, soll dieselbe am 22. Mai gefügt werden. Die Vorbereitung der Wahl muß frühzeitig in Angriff genommen werden.

2. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die ihre Beiträge bezahlt haben. Das Mitglied wählt in der Ortsgruppe, der es am Wahltage angehört. Einzelmitglieder und Kollegen, die sich auf Wanderschaft befinden, wählen in der ihnen nächstgelegenen Ortsgruppe.

3. Pflicht aller Mitglieder ist es, ihr Wahlrecht auszuüben; das Mitgliedsbuch ist bei der Wahl vorzulegen. In das Mitgliedsbuch soll dem Mitgliede auf der zweiten Seite des Titelblattes die Vereinigung am Wahltag durch Aufdruck des Stempels bescheinigt werden.

4. Jede Ortsgruppe hat eine Wahlliste anzulegen, worin diejenigen Mitglieder, welche ihr Wahlrecht ausüben, mit Namen und Zuwürmet einzutragen sind. Die Liste bleibt zur Kontrolle im Verwalt der Ortsgruppe.

5. Um eine Zerplätzung der Stimmen möglichst zu vermeiden, soll der Wahlvorstand sich mit den ihm zugeteilten Ortsgruppen ins Einvernehmen setzen und denselben geeignete Vorschläge unterbreiten.

Es ist Wert darauf zu legen, daß nur solche Delegierten gewählt werden, welche sich in der Organisation bewährt haben und eifrig tätig gemesen sind. Freigestellte Beamte und Bezirksleiter können ebenfalls als Delegierte gewählt werden.

6. Die Wahl erfolgt geheim durch Stimmzettel, die mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sind. Den Wählern werden die Zettel beim Wahltag überreicht. Jeder Wähler hat auf den Stimmzettel soviel Namen zu schreiben, als Delegierte zu wählen sind. Die Namen der in Vorschlag gebrachten Kandidaten sind vor dem Wahltag mitzuteilen. Stimmzettel, welche mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, müssen als ungültig erklärt werden.

7. Die Stunden der Wahl sind durch die Ortsgruppen festzusetzen und den Mitgliedern bekannt zu geben. Wo mehrere Ortsgruppen einen Wahlbezirk bilden, muß das Resultat und die Stimmzettel nach gefügter Wahl dem Wahlvorstand sofort übermittelt werden.

8. In Ortsgruppen, wo Mitglieder regelmäßig Tage und Nachtschicht haben, und auch des Sonntags arbeiten müssen, d. h. Gütenauer — sind die Wahlstunden so einzuteilen, daß es sowohl der Nacht- als der Tages- schicht möglich ist, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Stunden des Wahltermines sind früh genug den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

9. Der Wahlvorstand des Wahlbezirks hat das eingesandte Material und die Stimmzettel zu prüfen und festzustellen, ob eine Stichwahl erforderlich ist. Am lebtesten

Falle ist den beteiligten Ortsgruppen sofort Mitteilung zu machen mit Nennung der zwei Kandidaten, unter welchen Stichwahl zu erfolgen hat.

10. Als gewählt gelten diejenigen Kandidaten, welche mindestens 1 Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben. Hat kein Kandidat die absolute Majorität erhalten, so ist Stichwahl erforderlich zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

11. Als Kandidaten für die Stichwahl gelten nur immer die beiden, welche im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt haben. Stimmen, welche in der Stichwahl auf andere Namen lauten, sind ungültig.

12. In jedem Wahlbezirk ist außer dem Delegierten ein Erzähler zu wählen. Der Kandidat, der nach dem gewählten Delegierten die höchste Stimmenzahl erreichte, gilt als Erzähler. Wenn der gewählte Kandidat verhindert ist, an der Generalversammlung teilzunehmen, so tritt der Erzähler mit gleichen Rechten an dessen Stelle.

Die Wahlvorstände haben bis spätestens Samstag, den 28. Mai d. J., der Centrale in Duisburg die Resultate der getätigten Wahlen unter Angabe der genauen Kreise der Delegierten mitzuteilen.

Die Wahlresultate werden im Verbandsorgan veröffentlicht. Weitere Mitteilungen, die Generalversammlung betreffend, werden später im Verbandsorgan bekannt gegeben.

Der Centralvorstand.

G. B. Wieber.

Verbands-Vorsitzender.

Wie aus der vorstehenden Bekanntmachung des Centralvorstandes hervorgeht, wird der christliche Metallarbeiterverband in den ersten Tagen des Juli zu seinem 6. Verbandstag zusammentreten. Diesmal am Sitz des Verbandes, in der Industrie- und Hafenstadt Duisburg, wo die Wiege des Verbandes gestanden und bis heute ein fester Stützpunkt unserer Organisation gewesen ist. Der bevorstehende Verbandstag wird einen gewissen festlichen Charakter tragen, da wir inzwischen auf das erste Jahrzehnt unserer Organisation zurückblicken können und eine diesbezügliche Gedenkfeier mit der Generalversammlung verbunden sein wird. Dem letzteren Umstand ist auch dadurch besonders Rechnung getragen, daß unsere 6. Generalversammlung auf historischem Boden, nämlich in den Räumen des Bürgertags tagen wird, wo am 15. Oktober 1899 die offizielle Gründungsversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Deutschlands abgehalten wurde.

Damals waren es noch wenige Mitglieder, kaum Tausend, die den Grundstock der jungen, von allen Seiten heftig angefeindeten Organisation bildeten, heute sind es trotz aller „Freunde“ und Feinde 25 000, die unter dem Banner des christlichen Metallarbeiterverbandes unter Hochhaltung ihrer Ideale für eine Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen.

Damals mußte mit leeren Kassen und unzureichenden Agitationsmitteln der schwere Aufgang gemacht, die mühevole Arbeit begonnen, heute stützen sich die christlich organisierten Metallarbeiter auf ein Verbandsvermögen von circa 800 000 M., in der Hauptkasse und verfügen über ein stattliches Heer von geschulten und gestalteten Agitationsträgern. Das ist das Werk der ersten zehn Jahre Verbands-tätigkeit.

Das alles darf uns jedoch nicht befriedigen, es hätte noch manches mehr erreicht werden können, wenn alle christlich geistigen Arbeiter der Metall-industrie ihre Pflicht erkannt und erfüllt hätten. Das wird auch auf dem bevorstehenden Verbandstag deutlich ausgesprochen werden.

Generalversammlungen — als höchste Instanz der Berufsorganisation — sollen Meilensteine in der Geschichte der Bewegung bilden. Von den ersten fünf unserer Generalversammlungen darf ohne Übertriebung gesagt werden, daß sie als jene Stützpunkte und Perioden des Fortschritts im Aufbau der Organisation verzeichnet stehen. Und seinen Vorgängern muß sich der diesjährige Verbandstag würdig anstreben.

Für jedes einzelne Verbandsmitglied sind diese Tagungen von der größten Bedeutung. Das trifft auch auf die bevorstehende Generalversammlung zu,

Wenn auch keine weittragenden, umfassenden Ergebnisse für das innere Verbandsleben zur Veratung kommen werden, so wird doch manche wichtige Reform und Aenderung vornommen sein.

Das Nutzenstiftungswesen hat sich im Laufe der letzten zwei Jahre in manchen Punkten als reformbedürftig erwiesen. Hier wird die Generalversammlung genau zu prüfen haben und zu bessern suchen müssen. In mehreren Ortsgruppen so höchstlich noch in dem Jahresbericht der Ortsgruppe Berlin, wurde daran hingewiesen, daß Beitragsleistung und Unterstützungsweise nicht im richtigen Einlaß standen, wenn viele der Hauptaufgabe unseres Verbandes, Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Zukunft stets gerecht werden wollen. Anviem ist dieser Anregung aus Mitgliederkreisen Rechnung zu tragen ist, wird der Verbandstag zu entscheiden haben.

Ebenso wird dem Kapitel Agitation; auf dem kommenden Verbandstag wieder besondere Beachtung zu schenken sein. Die Folgen der Krise haben uns in der letzten Berichtsperiode einen kleinen Rückgang gebracht, der bei der jetzt aufsteigenden Konjunktur nicht nur wett gemacht, sondern durch weiteres Wachstum überholt werden muß. Der Verbandstag wird über die Mittel und Wege der zukünftigen Werbearbeit eingehend beraten und weitere Anleitungen und Direktiven geben, unsere diesbezügliche Tätigkeit wirksam befriedigen können. Da ist die Gewinnung der weiblichen Arbeiter, die Frauenagitation, vor allem auch die Heranziehung des kommenden Geschlechts, der jugendlichen Arbeiter, die eingehende Beachtung und Beratung bedienen.

Zu den übrigen Verhandlungsgegenständen — die Tagesordnung ist z. Bt. noch nicht endgültig festgelegt — kann nur vorausgeschaut werden, daß sie ebenfalls für die Metallarbeiter von der größten Wichtigkeit sein werden. Das schärfmacherische Vorgehen der Eisen- und Stahlindustriellen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, insbesondere ihr heftiger Widerstand gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz wird auf unserer Generalversammlung das gebührende Echo finden. Das bisherige unermüdliche Eintreten des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in der Eisen- und Stahlindustrie wird durch die Generalversammlung unseres Verbandes seine Fortsetzung erfahren.

Einige wichtige Fragen, die unsern demnächstigen Verbandstag beschäftigen werden, sind im vorstehenden angekündigt. Sie lassen uns die Bedeutung der Tagung schon ohne weiteres erkennen. Jetzt wird es Aufgabe aller Verbandskollegen sein, die Vorarbeiten für die Generalversammlung auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen. In den nächsten Monaten muß sich das Haupinteresse im inneren Verbandsleben auf den Verbandstag konzentrieren. Zu den Mitgliederversammlungen sind etwaige Anträge genau durchzuvaloren, insbesondere die Möglichkeit ihrer Durchführung zu prüfen und in der vorgeschriebenen Frist einzureichen. Anträge ins Blaue hinein, ohne reale Grundlagen, sollten nicht gestellt werden; damit blamieren sich die Antragsteller nur selbst; sie zeigen damit nur vor der Öffentlichkeit, daß es ihnen an organisatorischem Weitblick und gewerkschaftlicher Weise mangelt.

Um Verbandsorgan kann jetzt die öffentliche Diskussion über die Aufgabe des Verbandstages einsetzen, damit die Ansichten der Mitglieder zum Ausdruck kommen und Einzelfragen schon möglichst geklärt werden. Alle schreibgewandten Kollegen mögen sich an dieser Diskussion beteiligen, eventl. können sich die Ortsgruppen resp. Sektionen auch in corpore äußern, wie es schon vor der letzten Generalversammlung vielfach geschahen ist.

Sur hauswirtschaftlichen Bildung der weiblichen Arbeiterjugend.*

Sind Haushaltungsschulen für unsere Töchter notwendig? Diese Frage werden sich in letzter Zeit Mütter, Väter, Schuldirektoren, Lehrer, Stadtverordnete usw. vorgelegt haben. Gilt es doch, unserm heranwachsenden weiblichen Geschlecht seinen natürlichen — aber infolge der industriellen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens weit davon abgerückt — Beruf wieder zuzuführen. Und gerade die unteren und mittleren Schichten unseres deutschen Volkes werden durch die industrielle Wirtschaftsentwicklung nach dieser Richtung schwer geschädigt; ja, nicht nur die unteren und mittleren Schichten, sondern die ganze Gesellschaft erleidet durch die heutige rapide zunehmende Frauenarbeit einen enorm großen Schaden.

Die wirtschaftliche Notlage zwingt in tauenden Fällen die Hausfrau zur Arbeit, zum Leibverdienst in die Fabriken oder in das Gewerbe, so daß sie sich der Kindererziehung und dem Haushalt nicht so widmen kann, wie es im Interesse der Familie notwendig ist. Man bedenke, eine

Drei Befragtenwahlen ist erstmals Ausmerksamkeit zu zuwenden, damit möglichst befriedigende Resultate herauskommen. Vor allen Dingen ist es streng zu vermeiden, bei den Wahltags persönliche Freiheiten anzunehmen zu lassen; das wirkt das entweder ungünstigste Nicht an, die beteiligten Kampfhähne und schadet den Verbandsinteressen. Stets die Sache über der Person, das ist die Grundlage jeder erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit. Wenn sich alle Kollegen bei den Vorarbeiten wie bei den Beratungen von diesem Grundsatz leiten lassen, so wird die nächste Generalversammlung unseres Verbandes zum Wohl und Segen der Mitglieder verlaufen und als Meilenstein in der Entwicklung unserer Organisation verzeichnet werden können.

Übersicht über die wirtschaftliche Lage in Nordbayern 1908-09.

Die städtische Arbeitslosenzählung in Nürnberg ergab folgendes Resultat am 10. Dezember 1908 — 2513, darunter 896 Metallarbeiter; am 29. Juli 1909 — 1617, darunter 641 Metallarbeiter. In Nürnberg, beim Hauptstuhl der bairischen Metallindustrie, finden allein circa 30 000 Metallarbeiter Erwerb. Die Siemens-Schuckert Werke (elektrische Industrie) beschäftigten 1908, soweit uns bekannt, nahezu 1000 Arbeiter weniger als in den Vorjahren. Die Arbeitszeit wurde reduziert, teilweise bis zu 8 und 7 Stunden täglich. Zur Jahreszeit 1909 machte sich eine merkliche Besserung geltend; es erfolgten Neuinstellungen in einzelnen Abteilungen wurden sogar Überstunden eingesetzt. Zumindest konnten die Werte für das Geschäftsjahr 1907-08 noch 10% Dividende abwerfen.

Der Maschinenbau hatte ebenfalls die Krise zu führen; gut halten konnte sich die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, welche 1908 noch 19 1/4 % Dividende verteilt. — Schwer zu leiden unter der Krise hatte die Weitwurf genießende Nürnberger Spielwarenindustrie. Entlassungen und Lohnkürzungen waren hier besonders 1908 bis in das Vorjahr hinein an der Tagesordnung, es konnten allerdings noch in größeren Werkstätten 6 bis 10% Dividenden ausgezahlt werden. Sie lassen sich besonders viele unorganisierte Arbeiterinnen als billige Arbeitskräfte ausnutzen. — Auch die Fahrzeugewerke Nürnberg-Fürth-Schwabach ebenso in der Nadelindustrie, erfolgte in der Berichtszeit Einschränkung in der Produktion. Wochenlang mußte stellenweise gefeuert werden, zum Teil wurde auch die Arbeitszeit um Stunden und Tage gefürzt. Das gleiche Bild zeigte sich auch in einer Reihe von mittleren Betrieben Nürnbergs.

Die Schweinfurter Augsburger Werke hatten 1909 einen lebhaften Geschäftsgang zu verzeichnen. In der Berichtszeit wurden Nachschichten eingesetzt. Die an erster Stelle stehende Firma Fichtl u. Sachs (Augslager und Freilauf-Fabrikation) mit circa 2000 Arbeitern hat nun entgegen dem bisherigen Gebrauch, Arbeiterinnen, etwa 200, eingestellt. Auch ein Zeichen der Zeit! Das gleiche gilt entsprechend für die Firma Höpflinger, welche gegen 500 Arbeiter beschäftigt. Trotz der günstigeren Ge-

schäftslage wurde auch hier über starke Akkordfürzungen und schlechte Behandlung ständig geklagt, Ursache: daß billige Angebot der Arbeitslosen, Zuwendung vom Land und namentlich Indifferenzismus. Der Betrieb Fischer wurde von der Firma Schäfer u. Cie. angekauft.

Das Eisenwerk Maximilianshütte in der Oberpfalz, Rosenberg und Haidhof, wurde bis zur Jahreszeit 1909 stark von der Krise getroffen. Die tägliche Eisenproduktion sank in Rosenberg etwa auf die Hälfte der Leistungsfähigkeit herab. Die Arbeiterzahl verengte sich daselbst um mehr als 200, gegen Ende 1909 waren nur noch circa 700 Arbeiter beschäftigt. Am besten weg kamen die Mitionäre, sie erhielten bei diesen schlechten Zeiten 1908: 22,16 Proz. — 1909: 16,03 Proz. Dividende. Für die Arbeiter wurden die Löhne gefürzt und in einzelnen Abteilungen auf einige Monate Feierabenden eingesetzt. Manche Arbeiter müßten mit 16 Schichten und dem entsprechenden Verdienst nach Hause gehen. Ein kleiner Teil der Arbeiterschaft hat sein Koalitionsrecht für eine zweifelhafte Weihnachtsprämie (1,50 Ml. pro Dienstjahr) verfaßt. Ein großer Teil steht der Organisation noch gleichgültig gegenüber. Die Gleichgültigkeit zahlt auch hier wieder die höchsten Steuern in Gestalt schlechter Löhne; ohne Mutter könnte man allerdings nicht sagen.

Die Emailleur- und Stanzwerke der Firma Baumann in Amberg mit circa 3000 Arbeitern und Arbeitern wurden von der Krise weniger beeinflußt und hatten 1909 vollaus zu tun. Ungünstig für die Arbeiterschaft wirkte auch hier das hohe Angebot von Arbeitskräften. Arbeitsverhältnisse und Behandlung der Arbeiter, lassen fast alles zu wünschen übrig. Nur Zeit steht ein großer Teil der Arbeiter noch im Banne des gelben Flecks. Die Frühlingssonne besserer Wirtschaftslage wird auch hier bereitwirken. — Die Fgl. Gewehrfabrik in Amberg hat wiederholt zahlreiche Entlassungen vorgenommen, doch ist zuletzt wieder Besserung eingetreten.

Die Fgl. Hüttenwerke Amberg, Weihenrode und Weihenhammer waren normal beschäftigt. Im Vorjahr wurden sogar verschiedene Erweiterungen vorgenommen; so wurde zu den beiden Hochöfen in Amberg noch eine Ofenfeuer errichtet. Auch die Arbeiterzahl ist unterdessen gestiegen. Die Lohnverhältnisse dieser Staatsbetriebe sind um kein Haar besser als in den Privatbetrieben der oberpfälzischen Großindustrie. Die von unserem Verband an den Landtag gerichtete Petition bezogt die Löhne zu einem großen Teil unter 3 Ml. pro Tag. Zugleich ist den Arbeitern kein Stundenlohn garantiert. Das statistische Jahrbuch Bayerns, die amtliche Quelle also, berichtet unter anderem über die Lohnverhältnisse folgendes:

Durchschnittsverdienst eines Arbeiters (in Mark) 1908.

	über 20 Jahre	16-20 Jahre	Insgesamt			
	pr. Tag	p. Jahr	pr. Tag	p. Jahr	pr. Tag	p. Jahr
Bodenwöhre . .	3.53	1045	1.85	548	3.16	972
Weihenhammer .	3.78	1119	1.76	521	3.36	995
Amberg . . .	3.43	1074	2.21	692	3.38	1052

In Amberg sind bei der Belegschaft von 160 nur 9 Arbeiter unter 20 Jahre. In Weihenhammer sind von insgesamt 164 Arbeitern nur 31 unter 20 Jahre und 14 Lehrjunge. Wohl infolge des geringen Angebots von jugendlichen Arbeitskräften in Amberg werden dort wenigstens noch über 2 Ml. pro Tag bezahlt, während in Weihenhammer die jugendlichen Arbeiter noch um 171 Mark pro Jahr schlechter bezahlt werden. Auch die übrigen Zahlen reden eine eindringliche Sprache, umso mehr,

Hausfrau, die tagaus tagein die meiste Zeit von ihrem häuslichen Herd, von ihren Kindern fern ist, kann unmöglich in dem Maße für ihre Kinder, für ihren Haushalt sorgen, wie sie als Frau und Mutter eigentlich verpflichtet ist. Die Säuglingssterblichkeit sowie die Fürsorgeerziehungsanstalten jugendlicher Personen reden eine sehr deutliche Sprache. Jedem Vaterland- und Volksfreunde muß es wie ein Stich durch sein Herz gehen, wenn er in Betracht zieht, daß der fünfte Teil der Säuglinge im ersten Jahre ihres Daseins stirbt. Es ist ein ungeheuerer Verlust an nationaler Kraft für das deutsche Volk, das leuchtet wohl jedem ein, daß diese traurige Erscheinung zum großen Teil eine Folge der mangelnden Mutterfürsorge ist. Wie manche brave Mutter möchte von Herzen gern bei ihren Kindern bleiben und sie hegen und pflegen; aber die wirtschaftliche Notlage treibt sie hinaus zur Fabrik. So muß eine Kinderkrippe oder Gewohrschule die Mutterfürsorge erlösen, oder die Kinder bleiben sich selbst überlassen. Dass die Mutter immer mehr und mehr die Erziehungsplast nicht ausführen kann, beweist schon der Staat Preußen; er mußte im Jahre 1904 rund 5 978 000 Ml. und im Jahre 1905 bereits 7 588 000 Ml. für die Fürsorgeerziehung jugendlicher Personen aufwenden.

Wenn nun eine Frau ihrer Erziehungsplast nicht genügen kann, so ergibt sich dasselbe für ihre Hausfrauenplast. Das Familienleben wird durch unerlässlichen wirtschaftlichen Anstrengungen ganz außerordentlich ge-*

sezt. Darum müssen wir mit allen Kräften darauf hinwirken, daß das Familienleben nicht weiter zerstört, sondern im Gegenteil gefördert wird. Daher ist es von großer Bedeutung und auch unbedingt nötig, daß die heranwachsende weibliche Jugend zur wirtschaftlichen Tüchtigkeit vorgebildet wird. Dass dies bisher in genügender Weise der Fall war, wird niemand ernstlich behaupten wollen.

In früherer Zeit erlernte die heranwachsende Tochter den Haushalt von der Mutter, oder sie ging als Dienstmädchen in einen anderen Haushalt, gehörte dort zur Familie und erworb sich hier die notwendigen hauswirtschaftlichen Kenntnisse. Seitdem unser liebes Vaterland immer mehr ein Industriestaat geworden ist, hat sich dies völlig geändert. Hat die Arbeitertochter 14 Jahre alt geworden und verläßt die Schule, so geht sie vielleicht als Arbeiterin in die Fabrik oder tritt in das Gewerbe ein, um zum Erwerb der Familie beizutragen. Sie ist infolge der wirtschaftlichen Notlage der Eltern leider oft dazu gezwungen; aber zum Teil liegt es an der irrgewissen Meinung, die Tochter kann sich ein paar Pfennige verdienen, und wenn es nur die Kleidung ist.

Andere wollen wieder ihre Töchter etwas „besseres“ werden lassen und schicken sie als Verkäuferin oder Kontoristin in das Handelsgewerbe. Die Hauswirtschaft wird sie schon noch lernen, so lautet die leichtfertige Antwort. Hier sind die Eltern

wenn man bedenkt, daß dies zum größten Teil Amtsdienste sind, wobei häufig weder Arbeitszeit noch Belegschaften eingehalten werden, sodass innerhalb 14 stündige Arbeitszeit zu obigen Verpflichtungen notwendig war.

Sehr schlecht waren auch die Verhältnisse in Markt-Mebach (Rochstroh) und Pegnitz (Hilpert). Entlassungen, Ausschreichen, Lohnkürzungen, und gelbe Propaganda waren 2 Jahre hindurch an der Tagesordnung. — Das Kleingewerbe außerhalb Nürnberg's ist entsprechend der geringen Zahl von Großstädten in Nordbayern sehr zerstreut. Zur großen und ganzen zeigte sich in den letzten Hälfte des Vorjahres unverkennbare Wendung zum wirtschaftlichen Aufschwung. Häufig wurde auch von Unternehmern aus die Krise vorgeschnürt, um die ihr Rechte und bessere Löhne begehrnde Arbeiterschaft schwächer beflügeln und einzuladen zu können.

Das Wirtschaftsleben Nordbayerns geht nun mehr besseren Tagen entgegen. Diese günstige Situation muß von uns mit allem Nachdruck ausgenutzt werden, um alle fernstehenden christlichen Berufskollegen unserm Verbande zuzuführen.

A. R.

Die Reichsversicherungsordnung

Als umgearbeiteter Gesetzentwurf nunmehr vom Bundesrat dem Reichstag vorgelegt worden. Die Vorlage kann bei den Arbeitern leider nur ein Gefühl der Enttäuschung und Misstrauens auslösen, denn gegenüber dem ersten provisorischen Entwurf, ist er tatsächlich „verschlimmert“ an die Offentlichkeit gelangt. Die bei der ausgiebigen Kritik am ersten Entwurf laut gewordenen Wünsche der Unternehmer sind weitgehend berücksichtigt worden, während die Ausstellungen und Wünsche der Arbeiter in den hauptsächlichsten Punkten unberücksichtigt geblieben sind. Recht deutlich geht das aus folgenden zwei Zitaten hervor, die wir einer massvollen, sachlichen Besprechung der neuen Vorlage des Herrn Professors Dr. E. Franke in Nr. 24 der „Sozialen Praxis“ entnehmen. Da heißt es:

„Mit besonderer Schwere hatten sich die Angriffe vornehmlich von Berufsgenossenschaften und Unternehmerverbänden gegen die Familie des armen Bauerns gerichtet; gegen die Organisation der Versicherungsmärkte, die als überaus kostspielige, schwerfällige und burokratische Einrichtung verachtet wurden, und gegen die Änderung in der Unfallrente festgestellt, die einen harten Eingriff in die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften bedeuteten sollte. In beiden Fällen hat der Bundesrat die Proteste berücksichtigt.“

Völlig ungehört verhallt sind dagegen die entschiedenen Einsprüche, die gegen wichtige Vorschläge zur neuen Organisation der Krankenversicherung erhoben wurden sind. Vor allem bleibt bestehen die Hälfte in Lohn des Kassenvorstandes (§ 348), des Kassenausschusses (§ 344) und der Kassenbeiträge (§ 412) zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, während nach dem jetzigen Gesetz den ersten zwei Dritteln, den lehtern ein Drittel zusteht. Fast ohne Ausnahme haben die Organisationen der Arbeiter, sowohl die der Kranterassen wie der Berufvereine, gegen diese Verkürzung ihrer Rechte und Pflichten protestiert. Ebenso aber auch weite Kreise der Arbeitgeber, sei es, weil sie mit dem jetzigen Zustand zufrieden sind, sei es, weil sie die Mehrbelastung scheuen. Den Arbeitgebern wird mit der Hälfte der Beiträge eine Erhöhung ihrer Beiträge um 50 Proz. (jetzt zwei Sechstel, künftig drei Sechstel) auferlegt, das sind rund 40 Millionen Mark jährlich mehr. Um diese beträchtliche Summe würde die Beitragslast der Arbeiter erleichtert werden. Aber sie weisen dies Einsingericht zurück, für das sie ihr Vorrecht der Mehrheit in der Leitung der Kassen hingeben sollen. Bestehen die Verbündeten Regierungen auf die Fortdauer der Halbierung, und Preußen namentlich will damit die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Kassen brechen, so seien wir darin die gefährlichste Krippe für das ganze Reformwerk. Seit 25 Jahren bestehende Rechte zu schänden, ist unstatthaft.“

ist mit Blindheit geschlagen, sie sehen nicht, daß sie ihre Tochter von dem Berufe entfremden, den sie später als Gattin und Mutter vorstehen soll. Auch sind die sittlichen Gefahren der Frauenarbeit nicht zu vergessen. Der Vater bemerkt auch nicht, daß er sich — dem männlichen Geschlecht — das eigene Arbeitsfeld erschwert und seine eigenen Töchter Lohnbrüder für ihn werden; denn solange wir freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt haben, greifen die Arbeitgeber auch nach dem niedrigsten Angebot und das ist die weibliche Arbeitskraft.

Ein jeder Vater sollte es als seine Ehrenpflicht erachten, dahin zu streben, soweit zu verdienen, daß er die Hilfe seiner Kinder in dieser Beziehung nicht in Anspruch zu nehmen braucht. Da er als einzelner dazu nicht in der Lage ist, so ist es seine Pflicht und Schuldigkeit, sich mit gleichgesinnten zusammenzuschließen, um etwas erreichen zu können. Denn im Zusammenschluß unserer Arbeit, mag es Hand- oder Kopfarbeit sein, liegt die Macht, das deutsche Volk vor solchen Schäden zu bewahren.

Dadurch, daß nun die Tochter in die Industrie oder das Gewerbe eintritt, geht ihr die gänzliche Vorbereitung zu ihrem späteren Beruf als Mutter und Hausfrau verloren. Kommt sie dann später in die Lage, einen eigenen Haushalt zu führen, so gibt es infolge ihrer Unkenntnis sehr viel Unsicherheit im Hause. Und wo Unzufrieden im Hause ist, da fehlt die Liebe und Eintracht, der Grundstein des Familienlebens. Ein Haushalt ohne Liebe ist

Das ist auch die Ansicht der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die sowohl seitens der christlichen Gewerkschaften auf ihrem jährlichen Kongress in Köln, wie durch zahlreiche Kundgebungen seitens konfessioneller Arbeitervereine öffentlich zum Ausdruck gelommen, und der Regierung nicht unbekannt ist. Es ist sehr bedauerlich, daß die verbündeten Regierungen hierauf keine Rücksicht genommen haben. Hinsichtlich wird das bei den weiteren Behandlung der Materie im Reichstag nachgeholt werden. Die Regierung steht anscheinend immer noch zu sehr unter dem Einfluß der großindustriellen Scharmüller, die nicht nur auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages durch einseitige Zwangsarbeitsnachwetze unmöglich herrschen, sondern auch noch die soziale Gesetzgebung ganz ihrer Machtigkeit unterstellen wollen. Letztere wird aber nur dann ihren gegenseitigen Zweck erfüllen können, wenn sie von dem Vertrauen der zunächst interessierten, der Arbeiter, getragen und durch deren praktische Mitwirkung geführt und befürchtet wird. Das sollten auch die verbündeten Regierungen niemals aus dem Auge verlieren. — Dem ferneren Schicksal der Reichsversicherungsordnung widmet Herr Professor Franke in dem erwähnten Aufsatz zum Schluß folgende pessimistisch klängende Betrachtungen:

„Die Reichsversicherungsordnung ist ein schwerverbautes Schiff, das durch ein läppenreiches, unsicheres Fahrwasser geleitet werden muss. Es trägt wertvolle Güter: Vereinheitlichung der Versicherung, Geschlossenheit der Organisation, Aufbau des Zustanzenzuges, Erweiterung des Weltungsbereichs, Stärkung der Konzentration des Kassenwesens, Hinterbliebenenversicherung, Vertragsverhältnis zwischen Arzten und Patienten. Daneben liegen auch sperrige Lasten, wie Halbierung der Organe und Beiträge der Krankenkassen. Viele wichtige Forderungen bleiben unerfüllt. Und die finanziellen Mehraufwendungen wirken wie Bleigewicht. Seiner Fahrt stemmen sich mögliche Interessengruppen und Parteieströmungen entgegen. Es wird zäher, aufserordniger Arbeit bedarf, um es in den Hafen zu bringen. Dem Reichstag erwächst ein Rufang und Bedeutung hier eine sozialpolitische Aufgabe, die unter funderlicher Führung vornehmlich in einem Ausschuss gelöst werden muss, dessen Beschlüsse das Vertrauen der Parteien bestätigt. Man erinnert sich, wie im Parlamente die Unfallversicherung zuletzt nur durch das machtvolle Eintreten des Herrn Blümke durchgesetzt worden ist. Möge auch Herr v. Bethmann-Hollweg sich persönlich der Reichsversicherungsordnung annehmen, deren Entwurf in allen seinen Grundsätzen er als Staatssekretär des Innern geschaffen hat.“

Bisherig wollen wir noch auf den Reichstag die Hoffnung setzen, daß er aus dem vorliegenden Entwurf etwas brauchbares für die Arbeiterversicherung zu stande bringt.

Helfershelfer der Sozialdemokratie.

Die christlichen Gewerkschaften sind von ihrer Gründung an bis auf den heutigen Tag von ihren zahlreichen Gegnern auf das heftigste bekämpft worden. Neben der gewerkschaftlichen und politischen Sozialdemokratie und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften treten neuerdings liberale Parteipolitiker immer offener als Feinde der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf den Plan. Kürzlich hat der nationalliberale Parteisekretär Dr. Hugo in verschiedenen Blättern einen Artikel veröffentlicht, worin er den alten Ladenhüter der Sozialdemokratie und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, — die christlichen Gewerkschaften seien ein Anhänger der Zentrumsparthei — wieder aufwärmte, mit dem nicht mißzuverstehenden Zweck, die evangelischen Kreise gegen diese Gewerkschaften aufzuhetzen. Die letzteren sind ihm die Antwort darauf nicht schuldig geblieben. Der Beifall und die Zustimmung, die Dr. Hugo ob dieser Glanzleistung bei der sozialdemokratischen Presse gefunden hat, scheint nun auch

wie ein Kartentausch. Beim leisensten Winde bricht es zusammen und statt Familienglück ist Familienelend vorhanden.

Wem nun eine hauswirtschaftliche Ausbildung für die weibliche Jugend nötig ist, dieser aber auch durch das Haus nicht geboten werden kann, so müssen die Mädchen auf andere Weise hauswirtschaftlich vorgebildet werden.

Für die Weiterbildung der heranwachsenden Jünglinge sind Fortbildungsschulen eingerichtet; für die weibliche Jugend ist nach dieser Seite sehr wenig getan. Wohl sind in einer Anzahl von Städten durch Stadtbehörden oder Private — auch mit staatlicher Unterstützung — für die schulpflichtigen Mädchen hauswirtschaftliche Fortbildungskurse eingerichtet; aber einmal aus den Händen der Erzieher befreit, folgen nur wenige in ihrer Unkenntnis dem gutgemeinten Ruf zur Fortbildung. Zum großen Teil können sie infolge der Lage ihrer Eltern dem Ruf nicht folge leisten. Darum ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß den schulpflichtigen Mädchen im letzten Schuljahr Haushaltungsunterricht erteilt wird. Dieser Haushaltungsunterricht weckt schon früh die Lust und Liebe bei den Mädchen zum späteren Beruf und die bisher erzielten Erfolge in verschiedenen Städten sind überraschend günstig.

Darum auf Kollegen, drängt die Schulverstände, Stadtverordneten usw., auf diesem Gebiet praktisch vorzugehen. Es gilt euren Töchtern den Weg ebnen zur kreativen Hausfrau. W. R.

andere liberale Parteigruppen zum Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften auf den Plan gesetzt zu haben.

Ein Herr Dr. Paul Graben hat vor einigen Tagen in einer Anzahl von Blättern einen Artikel gegen die christlichen Gewerkschaften vom Stapel gelassen, der an Entstellungen und Verdächtigungen das menschenwidrigste leistet. Hier werben genau so wie in dem erwähnten Hugoischen Aufsatz die christlichen Gewerkschaften als „Schutztruppen des Zentrums“ hingestellt und im übrigen der Nachweis zu führen versucht, daß die christlichen Gewerkschaften in ihren Zielen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften genau übereinstimmen (!!). Der Stand, den der Mann mit seinem Artikel verfolgt, liegt für jeden Einzeltigen klar auf der Hand. Die christlichen Gewerkschaften erfreuen sich innerhalb des Wirtschaftslebens, ebenso wie in parlamentarischen und Regierungskreisen einer stets steigenden Beachtung. Das gesellt diesen durch Parteihat und Scharmüller beeinflussten Herren nicht, und deshalb versucht man nun durch allerlei Verdächtigungen diesen Einfluß abzuschwächen. Andererseits mag auch die gegenwärtige parteipolitische Konstellation mit dazu beitragen, daß ein Teil der Nationalliberalen ihrer Feindschaft gegen die christlichen Gewerkschaften immer unverblümter Ausdruck geben.

Bei der Beweisführung für seine handbüchernen Behauptungen bleibt Herr Dr. Paul Graben von vorneherein elendig stecken und muß, um sein Ziel — die christlichen Gewerkschaften zu verdächtigen — zu erreichen, zu Unrichtigkeiten und plumpen Entstellungen seine Faustlucht nehmen.

Um nachzuweisen, daß die christlichen Gewerkschaften die in ihrem Programm festgelegte Interkonfessionalität nicht befolgen und vom Zentrund regiert werden, wird die im Jahre 1906 zu Kaiserslautern geheldene vierter Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes herangezogen. Dort soll — so behauptet Herr Graben — erklärt werden sein: „Die evangelischen Mitglieder sind zu verantwortungsvollen Posten nicht fähig.“ Das ist eine glatte Lüge, die Herr Graben hat aufzustellen. Sämtliche Teilnehmer unserer Kaiserslauterer Generalversammlung können heute noch als Zeugen dafür aufgerufen werden. In Wirklichkeit lagen die Dinge folgendermaßen. Von einem Delegierten wurde in der Generalversammlung der Antrag gestellt, zu beschließen, daß der Vorstand einmal aus beiden Teilen, evangelisch und katholisch, gleichmäßig zusammengesetzt werde. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Der Verbandsvorsitzende Weiber führte aus, daß man sich nicht auf einen derartigen Antrag festlegen könne, weil dieser Beschluß dann konsequenterweise auch in jeder Ortsgruppe maßgebend sein müßte, was eine Quelle fortgesetzter Schwierigkeiten und praktisch im Hinblick auf die konfessionellen Verhältnisse in den verschiedenen Gegenden gar nicht durchführbar sein würde. In der Praxis habe man schon immer so viel wie möglich im Sinne des Antrages verfahren.

Daß die evangelischen Kollegen zu verantwortungsvollen Posten nicht fähig seien, darüber ist in der Generalversammlung auch noch nicht ein Wort gefallen. Woher nimmt Herr Dr. Graben die Unterlage für diese direkte unwahre Behauptung? Wir fordern nun den Herrn auf, seine Quelle zu nennen und den Vorwurf als ehrlicher Mann zurückzunehmen, andernfalls müßte er den Verdacht auf sich legen lassen, diese Verdächtigung frei erfunden zu haben.

Ebenso unwahr ist die zweite Behauptung des Herrn Graben, daß auf der Generalversammlung zwei evangelische Mitglieder in unbedeutende Vorstandsposten gewählt worden seien, dagegen der Ausschluß sich nur aus Zentrumsleuten zusammen gesetzt habe. In den Ausschuss ist in der besagten Generalversammlung ebenfalls ein evangelisches Mitglied gewählt worden. Nach der Kaiserslauterer Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, waren in dessen Zentralvorstand vier evangelische Mitglieder und im Ausschuss ebenfalls vier Evangelischer. Wir wollen abwarten, ob Herr Dr. Paul Graben nun den Mut haben wird, seine unwahren Behauptungen richtig zu stellen.

Haben wir somit den Beweis erbracht, daß die Ausführungen des Herrn Graben über die Verleugnung der Interkonfessionalität durch den christlichen Metallarbeiterverband teils auf Unwahrheiten, teils auf grober Entstellung der Tatsachen beruhen, so sind seine weiteren Ausführungen resp. Anschuldigungen gegen die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen von der selben Objektivität.

Als Beweis für seine Behauptung, daß die christlichen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihren Zielen eins sind, führt Herr Graben die Tatsache ins Feld, daß beide Richtungen schon des öfteren in Arbeitskämpfen gemeinsam vorgegangen sind. Eine derartige Beweisführung zu widerlegen, erübrigt sich für jeden Gemeinschafter wie vernünftigen Sozialist. Sie zeigt nur, daß Herr Dr. Paul Graben von diesen Dingen nichts versteht oder versteht will. Auch die Vorlesung über den „radikalen Ton“ in den christlichen Ge-

verschäften läßt uns salt. Vom „guten Ton“ des Herrn Dr. Grabein können wir nichts lernen, berichtet sich selbst.

Der Mann bringt es nämlich mit seiner Willigung und seinem guten Ton in Einklang, den christlich organisierten Arbeitern heuchlerisches Doppelspiel mit ihrer nationalen Gesinnung und Königstreue vorzuwerfen. In Wirklichkeit seien die christlichen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihren Zielen völlig eins. Nur mit dem Unterschied, daß die ersteren sich mit ihrer angeblich nationalen und patriotischen Gesinnung, „vorteilhaft dekorierter“, während die letzteren ehrlich seien, und aus ihrer „scharfen Verlämpfung der Arbeitgeber keinen Hehl machen.“ Diesem ungeheuerlichen Vorwurf gegenüber richtet „Der Bergmann“, unser Bruderorgan vom Gipfel seiner Nr. 12 folgend:

Offensichtliche Anforderung an Herrn Dr. Paul Grabein.

Sie haben sich gestattet, in einem Artikel „Christliche Gewerkschaften und Sozialdemokratie in der Bergarbeiterenschaft“ (Düsseldorfer Zeitung Nr. 125 vom 10. März, Deutsche Bergverwesungszeitung Nr. 59 vom 11. März usw.) den Vorwurf zu erheben, „daß die christlichen Gewerkschaften der Bergarbeiter mit ihrer angeblich gut nationalen und patriotischen Gesinnung sich nach außen hin vorteilhaft dekorieren — in einer sehr durchsichtigen Absicht — während der andere Teil (der sozialdemokratische Verband. D. Red.) wenigstens den Mut der Wahrheit hat und aus seiner Verleugnung jeder nationalen Gesinnung, aus seiner erbitterten Bekämpfung des Arbeitgebers kein Hehl macht.“ Nachdem Sie dann auf das Gedicht, das der „Bergmann“ zu Kaisers Geburtstag brachte, hingewiesen, fahren Sie fort:

„Das liest sich natürlich prächtig und macht den besten Eindruck nach oben sowie bei den Behörden und bürgerlichen Parteien. Hinter diesem Ausdrucke sind unantastbarer nationaler Gesinnung kann man dann um so ungestörter und unbedenklicher seine eigentlichen Geschäfte bejorgen.“

Sie erheben hier gegen die christlichen Gewerkschaften unzweifelhaft den Vorwurf, daß sie die nationale und patriotische Gesinnung nur heucheln.

Weiter behaupten Sie, im Jahre 1905 sei auf der Hauptversammlung der christlichen Gewerkschaft der Bergarbeiter durch die Abänderung des Statuts „in der Theorie die Gegnerin zur Sozialdemokratie bestigt“ und dies sei seither „noch viel mehr in der Praxis geschehen“.

Ferner stellen Sie die Behauptung auf:

„Man hat vielmehr in den christlichen Gewerkschaften der Bergarbeiter nur noch eine Organisation zu sehen, die genau mit denselben unbedenklichen Mitteln der Sozialdemokratie, mit einer systematischen Betreibung des Arbeiters gegen den Arbeitgeber ihre Geschäfte betreibt.“

Einen Beweis für diese geradezu unerhörten, die christlichen Gewerkschaften beschimpfenden Behauptungen erbringen Sie nicht.

Wir fordern Sie hiermit auf, Ihre die Mitglieder und Führer unseres Gewerbevereins beschimpfenden, mit den Tatsachen in Widerspruch stehenden und zum Teil schon hundertmal widerlegten Behauptungen zu widerrufen. Wenn Sie in gutem Glauben gehandelt haben, so sind wir gern bereit, Ihnen auf unserer Geschäftsstelle in Essen, Schürenbahn 62, das nötige Aufklärungsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Sollten Sie von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machen und sich über die wirklichen Beziehungen nicht aufklären wollen und uns Unkenntnis oder wider besseres Wissen ihre unbewiesenen und uns beschimpfenden Behauptungen aufrecht halten, so müssen wir Sie einen gewissenlosen Verländer nennen.

Zetzt entscheiden Sie sich, Herr Dr. Grabein!

Gewerkschaftliches.

Und du?

Wie viele Mitglieder hast du dem Verband schon zugeführt? Was, noch keines? Ein einziges? Na, höre einmal, was sollte das werden, wenn alle so gleichgültig wären wie du. Du hast doch schon des öfteren gehört: „Je stärker wir sind, desto mächtiger sind wir“ und du bist sicher überzeugt, daß das keine leere Phrase ist. Und trotzdem trägst du nicht zur Stärkung unseres Verbandes bei? — Ach so, du meinst, dazu mütest doch in erster Linie die Bergarbeiterversammlungen da, um die nötige Propaganda zu entfalten zur Gewinnung neuer Mitglieder. Mit dieser Einsicht hast du jedoch auf dem Holzweg, mein Lieber, denn diese Versammlungen haben in erster Linie einen anderen Zweck. Sie dienen zunächst dazu, unsere Mitglieder über das Leben innerhalb des Verbandes auf dem Laufenden zu erhalten, ihnen Aufklärung über alle schwebenden Fragen, die von Interesse sind, zu geben, ferner darüber, dienstliche Angelegenheiten zu besprechen. Klagen und Klünsche entgegenzunehmen, Erfahrungen an zutun, Anträge durchzubereiten usw. kurz all das zu erledigen, was dem Interesse des Verbandes und all seiner Mitglieder förderlich ist.

Wie oft kommt es vor, daß in solchen Versammlungen gar kein Mitglied anwesend ist, das gewonnen werden könnte,

Du ersehst also hieraus, daß die eigentliche Propaganda nicht in der Versammlung selbst, wenigstens nicht ausschließlich in ihr, sondern hauptsächlich außerhalb derselben eingesetzt muss und du darfst überzeugt sein, daß wir die schöne Zahl von Mitgliedern zum größten Teil der Kleinagitation zu verhelfen haben. Du meinst, du hättest dein Talent dazu, Mitglieder einzufangen? Nun höre aber, abgesehen davon, daß wir es überhaupt nicht notwendig haben, jemand zu fangen, so wie man etwa einen Fisch mit der Angel fängt — weil unsere Sache eine solche ist, die keiner Tricks und Überredungskunststückchen bedarf, eine Sache, für die mit ehrlichen Mitteln zu streiten ist — abgesehen davon also, mußt du doch wissen, daß von nun allen noch kein einziger mit einem solchen Talent zur Welt gekommen ist.

Wer Kämpfer werden will, muß das Kämpfen erst erlernen. In den Versammlungen mußt du sich Wissen und Aufklärung verschaffen, dann wird ganz von selbst und ohne daß man es merkt, das agitatorische Talent „hervorgezaubert“. O, wer sich einmal über die vier Hauptfragen klar ist, nämlich: „Was ist der Verband? Welchen Zweck hat er? Was hat er schon erreicht? Welche Aufgaben stellt er sich für die Zukunft?“, dem fällt es nie schwer, uns neue Mitglieder zuzuführen. Du siehst also mein Freunden, daß du recht wohl, ebenso gut wie dies tausend deiner Kollegen schon getan, von Zeit zu Zeit einen neuen Streiter für unsere Sache gewinnen kannst. Dass du bisher diese Pflicht — bitte sehr, es ist eine Pflicht, eine Ehrenpflicht sogar — vernachlässigt hast, ist zwar bedauerlich, aber du zeigst dadurch wenigstens, daß du aufrichtig bist, und für aufrichtige Leute haben wir immer gewisse Sympathie.

Nunmehr muß also nicht übel, wenn auch wir aufrichtig sind und dir dringend ans Herz legen: „Gehe hin und besiege dich.“ Du weißt, daß noch Tausende unserer Kameraden fernstehen, von denen der größte Teil gewonnen werden kann, wenn die Sache richtig angepackt wird. Auch in deiner nächsten Umgebung, in deiner eigenen Branche sind noch genug Indifferente vorhanden. Probiers einmal, ob du nicht den einen oder anderen gewinnen kannst. Du wirst sehen es geht manchmal leichter als man denkt, vorausgesetzt, daß der gute Wille hierfür vorhanden ist. Du versprichst mir, daß du dies tun willst? Na also, ich wußte ja, daß ich mich nicht in dir täusche, ich wußte, daß es nur einer Anregung meinerseits bedurfte, um dich anzuspornen zu agitatorischer Mitarbeit und ich freue mich, daß ich mich in meiner Erwartung nicht getäuscht habe. Dein Mut also, unverzagt ans Werk! Frisch gewagt ist halb gewonnen!

Der Eisenbahner.

Der Erfolg der Beharrlichkeit.

Die Geschichte spielt in einer Industriestadt am Niederrhein. In der Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes herrscht reges Leben. Jeden Sonntag gehts los zur Hausagitation. Mittags um 1 Uhr ist Appell der Vertrauensmänner im Vereinslokal. Je zwei und zwei Kollegen nehmen ihre Adressen in Empfang und dann auf den Trab, von Hause zu Hause, trepp auf, trepp ab, wo nur unorganisierte Bergarbeiterkollegen zu finden sind. Und sie sind noch zahlreich wie der Sand im nahen Rheinstrom. Um 5—6 Uhr treffen sich die Hausagitatoren wieder im Gewerkschaftshaus. Sie berichten über ihre Erfolge, aussehen ihre Erlebnisse auf, entwerfen den Kriegsplan schon für den nächsten Sturm auf die Festung des Indifferenzismus.

„Der Objektagenarbeiter A., Hauptstr. 87, hat sich noch nicht entschließen können, den Aufnahmemechein auszufüllen,“ so meldet ein junger Kollege dem Ortsgruppenleiter und den versammelten Vertrauensmännern. „Gut, dann gehen am nächsten Sonntag die Kollegen A. und B. mal hin, die werden ihn vielleicht mitsie bekommen,“ antwortete der Vorsitzende. — A. und B. berichten am nächsten Sonntag um dieselbe Zeit, daß ihre Arbeit leider auch noch ohne Erfolg geblieben ist.

Zetzt werden wieder zwei andere Kollegen für den nächsten Sonntag bestimmt, die dem Hartnäckigen zum dritten mal auf die Bude zu rücken haben. Sie kommen zurück und berichten verzerrt, daß der Mann zwar anscheinend bescheit sei, die Frau aber noch alterhand Einwände erhebe und Schwierigkeiten mache.

Da meldet sich ein Vertrauensmann, der die Frau persönlich kennt, da sie eine entfernte Verwandte von ihm ist. Er mit seinem Assistenten übernimmt den vierten Ansturm am nächsten Sonntag. Doch auch sie erleben eine Gattäuschung. Die Frau läßt sich lächelnd überzeugen und sagt, ihr sei es gleich, was ihr Mann tue, der müsse wissen, ob er den Verband nötig habe oder nicht. Aber jetzt ist der Mann wieder der Verneiner. Er sei im Arbeiterverein, dort auch in der zweiten Frankensäße, in der Sterbekasse, außerdem im Volksverein, das genüge ihm. In dem Berufe, wo er arbeite, seien noch so wenige organisiert, daß der Verband doch nichts erreichen könne usw. Alle Gegenvorwände vermögen nichts auszurichten. Schließlich wird der Hartgesottene noch groß und weist den Abgesandten der Organisation die Tür mit dem Bemerk, sie sollten ihn nun endlich in Ruhe lassen, beitreten würde er doch nicht.

„Das wollen wir mal sehen“, sagte der Vorsitzende, als die Kollegen den Bericht ihrer erfolglosen Mission erstattet haben. „Verloren geben wir den Bruder noch nicht. Ist doch sonst ein tüchtiger, ehrlicher Christ, der gehört zu uns und wir müssen ihn gewinnen.“ Am nächsten Sonntag will ich selbst diesen Verstoßen zu meinen Adressen nehmen. Hoffentlich wird der fünfte Ansturm ihn doch noch besiegen.

Und unter dem Beifall der Kollegen konnten der Vorsitzende und dessen Begleiter am nächsten Sonntag Abend berichten, daß der Objektagenarbeiter A. jetzt Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes sei. „Wahrhaftig, du sindst sie trotz und allem schon wieder“, hatte er ausgetauscht, als unsere Agitatoren zur Tür hereingetreten waren. „Nun spart Euch aber alle weitere Peine, geht den Aufnahmemechein her. Donner und Doria, einmal will ich doch Ruhe vor Euch Qualgeistern haben.“ Und dann hat er — unter dem Beifall seiner bejubelten Hölste — den Schein ausgetauscht, das Eintrittsgebot und den ersten Zuschlagsbeitrag entrichtet und ist heute ein treues Verbandsmitglied, hoffentlich für immer.

Und die Moral von der Geschichte, die übrigens den Zugang hat, wahr zu sein: Daß nur Wahrheit und Gerechtigkeit in der Agitation zum Ziele führt. Mögen unsere Kollegen die richtigen Lehren daraus ziehen.

Die Rheinfelder Streitnachklänge

haben, wie wir schon an dieser Stelle berichteten, den badischen Landtag in mehreren Sitzungen beschäftigt. Nicht weniger wie vier Verhandlungstage sind von der Angelegenheit vollständig ausgefüllt worden. In der sozialdemokratischen Parteipresse wie auch einigen roten Gewerkschaftsblättern werden die Debatten im badischen Landtag, vornehmlich die Reden des badischen Gewerbeinspektionsvorstandes Dr. Bittmann, gegen den christl. Metallarbeiterverband resp. die christl. Gewerbebewegung auszuschlagen versucht. In den sozialdemokratischen Blättern wird sogar von einem „Gerichtstag“ für die christl. Gewerkschaften gesprochen. Zu den fraglichen badischen Behörden und Sozialdemokraten hat sich jetzt als würdiger Bildesgenosse der berüchtigte gelbe „Bund“ des vielgenannten Herrn Lebius gesellt, der auch noch Rosinen aus der Rheinfelder Geschichte süßlich möchte.

Läßt die Sozialdemokratie, sowie ein Lebius am allerleisten dazu qualifiziert sind, über andere Leute den Moral- und Ehrtenrichter zu spielen, bedarf eigentlich gar keines weiteren Beiseises. Lebius mit seiner bekannten Moral war längst gerichtet, ehe Rheinfelden die Öffentlichkeit beschäftigte.

Die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“, die die Landtagsdebatte über Rheinfelden in einem langen Artikel auszuschlachten versucht, sei jedoch nur an den Schurkenstrich mit dem 30 000 Mark-Flugblatt erinnert, der von freigestellten Beamten des roten Bergarbeiterverbandes verübt wurde, die aber deshalb ruhig Beamte blieben, es z. T. jetzt noch sind, obwohl die Verbandsleitung an der Spitze der Reichstagsabgeordneten Sachse, seit Jahren Kenntnis von diesem ungeheuerlichen Betrug hatten. Der von Christenbach anschließend toll gewordene „Bergarbeiter-Zeitung“ empfahlen wir daher dringend, Rheinfelden vorichtig zu umgehen und zunächst den Mist aus dem eigenen Stall auszutragen.

Dem Buchbruder „Correspondent“, der noch immer im Rheinfelder Streit herumtröhlt, müssen wir einen ähnlichen Rat geben. Dessen gefügiger Leiter „Genosse“ Meyerhäuser, hat doch selbst am Gericht vertheidigt, daß er aus Hass gegen einen Gegner die Wahrheit nicht gesagt habe. Der Mann hat es mit dieser „Wahrheitsliebe“ und seinem unbändigen persönlichen Hass jetzt glücklich soweit gebracht, daß nicht nur die sozialdemokratische Parteipresse, sondern auch freie Gewerkschaftsblätter (Grundstein, Bergarbeiter-Zeitung) kategorisch seine Falsfestellung verlangen. Solche „Charaktere“ wollen den christlichen Gewerkschaften dann Vorwürfe wegen mangelnder Wahrheitsliebe etc. machen. Dieses Pharisäertum!

Indem kann nach dem Auszugung der Dringlichkeit im badischen Landtag gar nicht von einer Bloßstellung oder Niederlage der christlichen Gewerkschaften gesprochen werden. Wir sind überzeugt, daß der Gewerbeinspektor Dr. Bittmann samt seiner sozialdemokratischen Claque solche Aussprüchen am allerleisten wieder herbeiwünschen.

Worum hat es sich in der zweiten Kammer des badischen Landtages denn eigentlich gehandelt? Die christlichen Gewerkschaften als Gesamtheit forderten die Beantwortung der Frage ob die badische Fabrikinspektion unter Dr. Bittmann berechtigt gewesen sei, wegen Differenzen mit einzelnen Funktionären die Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften überhaupt abzubrechen. Die Antwort erfolgte am zweiten Tage der Verhandlungen. Minister v. Bodenmaier erteilte sie dahingehend, daß die Fabrikinspektion nicht das Recht habe, die Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften abzubrechen. Ferner hat der Minister die schwerbeleidigenden Worte in einem Brief Dr. Bittmanns nicht gutheißen können. Mehr haben die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften nicht gewollt. Damit sind lebhafte vollauf gerechtfertigt aus den Verhandlungen hervorgegangen. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ redet angeblich dessen von einer Desabouierung Bittmanns, des Vorstandes der Fabrikinspektion durch seinen Vorgesetzten. Ob die sozialdemokratische Presse ihren Lesern auch diese Seite des Bildes zeigen wird?

Wie das Auftreten und Verhalten des Herrn Dr. Bittmann im „Musterland“ Baden selbst bestellt wird, geht aus folgenden Ausführungen hervor, die der „Badische Beobachter“ Karlsruhe unter dem 10. März dem Lahrer „Anzeiger für Stadt und Land“ entnommen:

„Der Rheinfelder Streit füllte gestern fast nochmals eine Sitzung der zweiten Kammer des Landes aus, und zwar dadurch, daß der Fabrikinspektor Dr. Bittmann, obwohl die Generalsdebatte bereits geschlossen war, die ganze Frage nochmals aufrollte, um die Auflage des sozialistischen Abg. Breitenfeld zu beantworten, intwischen nach Ansicht des Fabrikinspektors die Niederlage beim Streit in Rheinfelden „ verdient“ gewesen sei. Die Antwort des Fabrikinspektors war sehr genau; er führte aus, er nenne die Niederlage einer Lohnbewegung verdient, wenn sie eine wilde, nicht gewerkschaftsmäßige war, d. h. wenn nicht organisierte Arbeiter in die Lohnbewegung traten.

Das ist ein sonderbarer Standpunkt; unseres Erachtens ist eine Niederlage nur dann als verdient zu betrachten, wenn die Arbeiter keinen genügenden Grund zum Streiken haben; wenn sie hinreichend bezahlt sind und auch sonst gut behandelt werden und dennoch streiken. Haben aber die Arbeiter berechtigten Grund zur Beschwerde, sei es bezüglich des Lohnes oder der Behandlung und sie erleiden bei ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Beziehungen eine Niederlage, dann kann man das nur bedauern, nicht aber als „verdient“ bezeichnen.

Ein Fabrikinspektor sollte das am besten wissen. Nach dem Auftreten Bittmanns scheint er uns doch nicht der richtige Mann auf seinem bestens geeigneten Posten zu sein. Die Sozialdemokraten haben ihn zwar sehr gelobt; wir vermögen in dieses Lob nicht einzustimmen, denn wenn er bei den Streitverhandlungen in Rheinfelden auch mit den besten Absichten gehandelt hat, so ließ er doch jenseits Maß von lästiger, objektiver Beurteilung vermissen, daß auf einem solchen Posten unverzüglich zu einer gerechten, verhältnismäßigen und verhörenden Wahrheit. Außerdem muss ebenso zugegeben werden, daß auch der Gewerkschaftssekretär Engel bei jenem Streit manche Fehler gemacht hat, die sich nicht

rechtsfertigen lassen; es ist in dieser Richtung vielleicht zu viel für ihn geschehen.“ So ist die Stimmung in weiten Kreisen der badischen Bevölkerung über die Seeschlange von Rheinfelden. Wer sich in dieser Sache aber mit unfließbarer Schnauze bedient hat, das ist die korrumptierte badische Sozialdemokratie, die sich in Unehrlichkeit und Gesinnungslosigkeit selbst übertrifft hat. Auch bei den vierzägigen Debatten im badischen Landtag ist es den Gegnern nicht möglich gewesen, den christlichen Gewerkschaften etwas Ehrenhaftiges nachzuweisen und ihnen den geringsten Makel aufzuladen. Ebenso ist auch im badischen Landtag von keiner Seite bestritten worden, daß die von Engel veröffentlichten Zusicherungen nachher von der Firma tatsächlich voraussichtlich gewährt, resp. durchgeführt worden sind.

Die neutralen „Überflüge“.

Über ihre sonderbare „Neutralität“ sind sich die Hirsch-Dunderschen Führer unter sich selbst am wenigsten einig. Der schon früher erwähnte Artikel von Erkelenz, worin er Kipp und Klar sagt, „Neutralität sei Unruhe“, hat durch unsere Feindagung einen ergötzlichen Sturm im H.-D. Wasserglas verursacht. Zunächst ist Erkelenz vom Zentralrat wieder mal echt theatermäßig abgeschüttelt worden. Jetzt kommt aber die im Sinne von Erkelenz redigierte „fortschrittliche“ H.-D.-Reformpresse und liest der Berliner Zentralleitung gründlich die Leviten. Die Düsseldorfer „Westdeutsche Post“ Nr. 10 verhöhnt die „neutralen“ General- und Zentralräte in Berlin als die „heutigen Überflüge“ und lädt als Kronzeugen für Erkelenz den verstorbene Gründer und langjährigen Untervorstand der H.-D. aufmarschieren. Das Blatt zitiert einen Artikel von Dr. Hirsch aus dem Gewerkschaftsverein „Nr. 5“ vom Jahre 1871, der tatsächlich dem Neutralitätschwund der H.-D. „Überflüge“ die Maske abnimmt. Es wird in dem erwähnten Aufsatz auf die Wichtigkeit der politischen Wahlen hingewiesen u. für Arbeiterrabbiaten Stimmen gemacht. Mit Gerngtung stellt Dr. Hirsch fest, daß in verschiedenen Wahlkreisen — Danzig, Wolkenburg, Alt-Wasser — die Arbeiter politisch erwacht seien und eigene Kandidaten der liberalen Fortschittpartei aufgestellt hätten. In welchem Sinne und in welchen Grenzen die H.-D. Anhänger sich politisch zu betätigen haben, sagt Dr. Max Hirsch dann im Anschluß an vorstehende Einzelfälle mit folgenden Worten:

„Möchten uns bald aus anderen Wahlkreisen ähnliche Berichte zugehen wie aus Danzig und Alt-Wasser. Noch in vielen anderen Gegenden, wo bis jetzt schwach liberal oder gar konservativ und liberal gewählt wurde, in der Danzig, in Oberschlesien, in der Mark, in Pommern usw. ziehen unsere Freunde und Mitglieder noch Tausenden. Auch in Süddeutschland, wie der Wahlausdruck der Borsigheimer „Genossenschaft“ befunden, wollen unsere Brüder mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht Ernst machen. Es gilt jetzt die Probe abzulegen in entscheidender Stunde, daß die Mitglieder unserer Organisation treue und ehrliche Bündesgenossen der entstehenden Liberalen Partei sind, deren kräftige Unterstützung sie dadurch erwerben. Für die nächsten Wochen müssen alle Bestrebungen den Wahlsieg den Vorrang lassen.“

Diesem mit der H.-D. Neutralität ausräumenden politischen Glaubensbekenntnis fügt die „Westd. Post“ boshaft und schmerzvoll resigniert hinzu:

„So unser verstorbener Untervorstand damals! Und wir jetzt? Es ist bedauerlich, daß man an manchen Stellen sich aus persönlichen Gründen nicht zu einem offenen Bekenntnis aufzuhören will. Mit der Graf-Strauß-Politik imponieren wir keinem ehrlichen Gegner, und unseren Freunden, deren es Gottlob doch noch eifrig gibt, machen wir es schwer, auf unserer Seite zu bleiben. Oder glauben die Überflüge, es käme bei den vielen verpaßten Gelegenheiten auf eine mehr oder weniger nicht an.“

Ob solcher Unbotmäßigkeit werden die Böpfe der Berliner Überflüge lediglich zu wackeln anfangen. Schmerz löscht nach!

Begriffsverwirrung ohne Ende.

In der „Rh. Westf. Zeit.“ ist unter dem 9. März folgendes zu lesen:

„Die kirchlich-soziale Frauengruppe veranstaltet im großen Saale des Reichsamt des Innern sechs Vorträge, zu denen Frau Metzger, Frau Bethmann-Hellweg und Frau Staatsministerin v. Delbrück eingeladen. Wie finden u. a. angekündigt: „Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Franz Behrens: Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für unser Volk“. Dieser Vortrag hat inzwischen stattgefunden. Die Raff. Rott., der mir diese Mitteilung entnahmen, bemerkte dazu:

„Wir können nicht umhin, unserem lebhaften Erstaunen darüber Ausdruck zu geben, daß unter so hohem Protestvorfall ausgesprochen parteipolitische Tendenzen sich haben breit machen dürfen.“

Die geistigen Leiter der „Nationalsozialen Korrespondenz“, wie all derjenigen Blätter, die diese von Unkenntnis und Reib-Sillarie Totz weiterverbreiteten, scheinen von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung keinen blauen Schimmer zu haben. Der Vortrag des Kollegen Behrens hat sich jedoch nur in demselben Rahmen bewegen können, wie die Verhandlungen des Berliner Arbeiterkongresses, der vom damaligen Staatsminister und heutigen Reichskanzler von Bethmann-Hellweg im Namen der Reichsregierung begrüßt wurde, und wo parteipolitische Tendenzen ausgeschlossen waren. Das weiß jeder nur halbwegs mit der

Arbeiterbewegung Vertraute, nur diverse liberale Zeitungsschreiber nicht. Die christlich-nationalen Arbeiter erscheinen aber immer deutlicher, wo ihre „wohlwollenden Freunde“ zu suchen sind.

Aus dem Unternehmerslager.

Streitversicherung in Arbeitgeberverbänden.

Die „Gesellschaft des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ hat am 5. März in Berlin eine Ausschusssitzung abgehalten. Aus dem dort vorgelegten Geschäftsbericht für das Jahr 1909 entnehmen wir der „Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 11 folgende für die Arbeiter wichtigen Einzelheiten:

„Im Berichtsjahr gehörten der Rückversicherungsgeellschaft 20 Gesellschaften und Verbände an, welche 411 332 Arbeiter mit einer Jahreslohnsumme von 472 788 412 M. beschäftigten. Auch die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft haben sich im Berichtsjahr günstig entwickelt. Der Entschädigungsfonds stellte sich für das Jahr 1909 auf 315 056 Mark gegenüber 232 579 Mark im Jahre 1908.“

Entschädigungsansprüche wurden für das Berichtsjahr von 20 Gesellschaften in einer Gesamthöhe von 369 247 ausgesunkenen Arbeitstage angesetzt, welche sämtlich vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 12. Februar 1910 als entschädigungsberechtigt anerkannt wurden. Den Hauptanteil hatte das Holzgewerbe mit 145 286 ausgesunkenen Arbeitstagen aufzuweisen, welche hauptsächlich aus den Streiks der holzgewerblichen Bezirksverbände in Magdeburg, Luckenwalde und Mainz sowie aus den Aussperrungen in Frankfurt a. M., Böhl und Bremen sich ergaben. In zweiter Linie sind die Ansprüche der Gesellschaft des Arbeitgeberverbands Unterelbe zur Entschädigung der Arbeitseinstellungen, Hamburg, mit 130 476 Manntagen zu erwähnen, welche hauptsächlich auf die im Berichtsjahr vorgenommenen Aussperrungen im Baumwolle in Hamburg und Harburg zurückzuführen sind. Die Anprüche der übrigen 10 Gesellschaften waren verhältnismäßig unbedeutend.

Der Aufsichtsrat hat für 11 dieser Gesellschaften die volle sahngemäße Quote von 12½ Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes pro Ersteinstellung und streikenden Arbeiter bewilligt, nur für eine Gesellschaft wurde die Quote auf 11 prozent des durchschnittlichen Verdienstes des Arbeiters herabgesetzt. Insgeamt wurden an die in Frage kommenden 12 Gesellschaften 167 273 Mark an Entschädigungen bewilligt. Da sich, wie bemerk, der Entschädigungsfonds auf 315 056 Mark stellt, so schließt das Berichtsjahr mit einem Überschuss von 147 782 Mark ab, welcher auf neue Rechnung vorgetragen wurde.“

Im Lager der Scharfmacher also fortduernde Rüstungen. Wann wird die große Masse der indifferenten Arbeiter die richtige Lehre daraus ziehen?

Der Kampf gegen den paritätischen Arbeitsnachweis wird im Unternehmerslager mit allen erdenklichen Mitteln auf der ganzen Linie weiter geführt. Im bayerischen Landtag sind Anträge von Oswald (Zentrum) und Auer (Soziald.) verhandelt worden, die eine reichsgesetzliche Einführung paritätischer Arbeitsnachweise anstreben. Das hat den „Bayerischen Industrie- und Handels-Verband“ zu einer Denkschrift an die bayerische Regierung veranlaßt, worin mit den bekannten Einwänden gegen die paritätischen Arbeitsnachweise Sturm gelaufen wird. Die erwähnten Anträge würden gegen den § 152 der G.-D. verstoßen, der auch den Unternehmern volle Koalitionsfreiheit garantire, so heißt es in der Denkschrift der bayerischen Unternehmer. Ferner werden die Vorteile der Unternehmernarbeitsnachweise für die Arbeitnehmer befürwortet. Also auch hier nur „Wohlwollen“ für die Arbeiter! Schade, daß die Arbeiter — mit Ausnahme der gelben Almosentvereine — diese „Wohlwollen“ nicht anerkennen und gern darauf verzichten wollen. Daß in der Denkschrift auch wieder mit dem sozialdemokratischen Missbrauch paritätischer Einrichtungen scharf gemacht wird, beweist wieder, wie wenig stichhaltige Gründe die Unternehmer vorbringen können, ferner aber auch, daß die sozialdemokratischen Ideen wie ihre Praxis ein Hemmschuh für den Arbeiterstand sind.

Der „Verein deutscher Maschinenbauanstalten“ hat sich in einer Hauptversammlung am 4. März in Berlin ebenfalls mit der Arbeitsnachweisfrage beschäftigt. Leider auch in direkt scharfmachertischem Sinne. Aus dem von Herrn Bergassessor Krotz gehaltenen Referat gibt die „Arbeitgeber-Zeitung“ folgendes wieder:

„Der Redakteur wies einleitend darauf hin, daß infolge der schnellen Entwicklung der Industrie und des Handels in Deutschland der Bedarf an Arbeitskräften außerordentlich rasch gestiegen und die Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie immer schwieriger geworden sei. Das Bedürfnis zur Errichtung von Arbeitsnachweisen auf gemeinnütziger Grundlage sei um so mehr hervorgetreten, als die gewerbsmäßige Stellenbermittelung mit vielseitigen Nachteilen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verknüpft sei. Die vielfumstrittene Frage, welche Form und Organisation des Arbeitsnachweises die wichtigste und zweitmäßige sei, könne generell nicht beantwortet werden. Redenkraft sei für einen großen Teil der Industrie, die vorwiegend gelehrter Arbeiter bedürfe, genügend Anlaß vorhanden, sich gegen die in letzter Zeit sehr stark hervergetretenen Bestrebungen, sämtliche Arbeitsnachweise in der Form von öffentlichen und paritätischen Arbeitsnachweisen, nötigenfalls sogar auf-

Grund gesetzlicher Maßnahmen festzulegen, energisch zum Wehr zu legen, schon allein aus dem Grunde, weil nach Erfahrungen, die viele Industriezweige mit paritätischen Institutionen gemacht haben, diese stärker als das erhoffte und von manchen Seiten so viel geprahlte Friedensinstrument zur Ausgleichung der Gegenläufe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreisen hätten. Niemandwo versteht die Parität eher als gerade bei der praktischen Arbeitsvermittlung. Wenn die Arbeiterorganisationen jetzt nicht mehr die Vorberatung aufrechterhalten, der Arbeitsnachweis gehört in ihre Hand, und nunmehr die paritätischen öffentlichen Arbeitsnachweise befürworteten, so sei dies zum großen Teile auf die Erstärkung der Arbeitgeberverbände und die Erkenntnis zurückzuführen, daß auch der paritätische Arbeitsnachweis die Möglichkeit bietet, ihm ihren wirtschaftlichen und persönlichen Zielen im Kampfe gegen die Arbeitgeber dienstbar zu machen. In der Schwer- und Großindustrie besonders könne aber nur der lebhaft von den Arbeitgebern errichtete und geleitete Arbeitsnachweis seine Aufgabe, auch im Interesse der Arbeiter, am besten erfüllen. Für die gegen die einseitigen Arbeitgebernachweise erhobenen Vorwürfe, sie würden zu anderen Zwecken gegen die Arbeitnehmer, zur Bekämpfung der Organisationen, zur Beschränkung der Freizügigkeit usw. genutzt werden, seien bisher stichhaltige Gründe nicht erbracht worden.“

In der anschließenden Erörterung weist Herr Direktor Lippart auf die große Gefahr hin, die der süddeutschen und in besonderen der bayerischen Industrie durch die dortige amtliche Unterstützung des paritätischen Arbeitsnachweises droht. Herr Buelk weist darauf hin, daß unter den kleinen Arbeitgebern sehr viel ausgedrohnte Sozialdemokraten sind, die auf die Zusammensetzung der paritätischen Arbeitsnachweise und der etwaigen Arbeitskammern von Einfluß sein werden. Der Arbeitgeber-Arbeitsnachweis wird auch erheblich auf die Arbeiter einwirken.“

In der Großindustrie könne nur der von Unternehmen geleitete Arbeitsnachweis seine Aufgabe im Interesse der Arbeiter, am besten erfüllen, welche gegen die einseitigen Arbeitgebernachweise erhobenen Vorwürfe, sie würden zu anderen Zwecken gegen die Arbeitnehmer, zur Bekämpfung der Organisationen, zur Beschränkung der Freizügigkeit usw. genutzt werden, seien bisher stichhaltige Gründe nicht erbracht worden.“

Von besonderer Wichtigkeit ist bei allem eine ganze Kontrolle der Arbeiter, die es ermöglicht, berufsmäßige Heizer, wie sie in Gestalt der sogenannten Werkstattdelegierten, bezw. Baudelegierten, „Großchen-Beamten“ usw. die Werkstätten bezw. Baupläne unsicher machen, von diesen fern zu halten. Dies ist am wirksamsten durch die Einrichtung von Arbeitgebernachweisen nach dem Hamburger System zu erreichen.“

Und auf der Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine (17. Mai 1909) gab der Verbandssekretär Dr. v. Stoetzen in unumwunden zu:

„Seiner Natur nach ist auch den Arbeitgeberverbänden der Arbeitsnachweis nur Mittel zum Zweck. Es soll neben Sichtung und Vermittlung des nötigen Arbeitermaterials vor allem zu einer Kontrolle über streikende und ausgesperrte Arbeiter dienen, die Lohnregelung von Streiks ermöglichen, einen Einfluß auf die Lohnfrage gewährleisten und durch das alles die Macht der Unternehmerverbände stärken.“

Gegen eine solche „Erziehung“ legen alle rechtenspendenden Arbeiter und sozial gesinnten Staatsbürger energisch Widerstand ein. Der Arbeitsnachweis darf nicht als Hungerpeitsche gegen die Arbeiter missbraucht werden und darum muß die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage so lange gefordert werden, bis sie zur Wirklichkeit geworden ist.“

Streit und Lohnbewegungen.

Lippstadt. Der Streit auf der Westfälischen Metallindustrie A.-G. Lippstadt, an dem bekanntlich 120 Mitglieder des christlichen, 21 Mitglieder des sozialdemokratischen und 7 vom Hirsch-Dunderschen Verband beteiligt waren, ist nach 3 wöchentlicher Dauer durch das vermittelnde Eingreifen des Herrn Bürgermeisters Nohl und durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Zustredenheit der Beteiligten beendet worden. Die Einigungsverhandlungen wurden zunächst zwischen dem Herrn Bürgermeister und den Sekretären der obengenannten Verbände und die Schlussverhandlungen zwischen der Direktion der westfälischen Metallindustrie und den Gewerkschaftsvertretern gepflogen. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt.

Sindern. Die Differenzen mit den hiesigen Metallwarenfabrikanten um die Anerkennung und Freigabe des Koalitionsrechts sind in der Hauptsache beigelegt. Die Unternehmer geben Ende der vorigen Woche in einem Anschlag den Arbeitern bekannt, daß man auf Drängen der Regierung, der Gewerbeinspektion, sowie des Arbeitgeberverbandes Oberruhr das Koalitionsrecht freigebe. (Bedauerlich ist und bleibt, daß um diese Selbstverständlichkeit zuerst noch hartnäckig gekämpft werden muß. Die Redaktion.) Daraufhin beschlossen die streikenden und ausgesperrten Kollegen am Montag den 21. März die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wie indes am Hiesigen Firmen haben sämtliche Arbeiter wieder eingestellt mit Ausnahme der Firma Anton Brügel, die noch Schwierigkeiten macht, weshalb die Sperre über diesen Betrieb noch nicht aufgehoben werden kann. Hoffentlich wird sich die Firma Anton Brügel aber in ihrem eigenen Interesse dem Vorgehen der übrigen Fabrikanten anschließen, damit der Friede vollständig herbeigeführt werden kann.

Zur Bezeichnung. Bei allen Lohnbelastungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, welcher auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Düsseldorf. Ueber die Formerei des Stahlwerks Arbeiter in Oberkassel ist die Sperrre verhängt.

Dresden. Die Eisenenschiffbauer der hiesigen Werft sind am Montag den 14. März in den Ausstand getreten.

Gündern bei Altenberg i. W. Zur Vertreibung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streit.

Hattingen a. d. Ruhr. Ueber die Eisen- und Stahl Gießerei der Henrichshütte in Hattingen ist die Sperrre verhängt.

Dortmund-Essen. 50 Formerei der Louisa-Hütte (Firma Pottlöffel u. Flume) reichten wegen Akkorddifferenzen und ungerechtfertigter Entlassung zweier Formerei die Kündigung ein. Die Firma kündigte darauf ihren sämtlichen Arbeitern, 250 an der Zahl. Letztere sind fast ausschließlich unorganisiert. Näherer Bericht erfolgt in nächster Nummer.

Bzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 27. März 1910 der dreizehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. März bis 3. April fällig.

Mannheim. Die Mitgliedsbücher Nr. 114222 auf den Namen Emil Belschner, und Nr. 91156, auf den Namen Adolf Walter lautend, sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aus dem Saarrevier. Die letzten sozialen Wahlen schaften der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mehrere erfreuliche Erfolge. Bei der Ortstrantenwahln zu St. Johann und Malstatt-Burbach siegte die Liste der Sozialistischen christlich-nationalen Arbeiter. Auch bei den Gewerbegegerichtswahlen in Malstatt-Burbach gingen die Sozialisten leer aus. Diese drei Wahlniederlagen der Ge- nossen lösten eine große Wut bei ihnen aus.

Bei der Gewerbegegerichtswahl in St. Ingbert, die am 20. Februar cr. stattfand, sollte den verhafteten Christlichen alles heimgezahlt werden. Sechs Wochen vor der Wahl schrieb schon die sozialdem. „Pfälzische Post“ Siegesartikel, wonach eine Niederlage der christlichen Liste ganz bestimmt war. Und doch, o Jammer, wie fiel die Wahl aus! Die christlich-nationalen Arbeiter erhielten 388 Stimmen (3 Kandidaten), die soziald. Liste 194 Stimmen (2 Kandidaten) und die Liste des evang. Arbeitervereins 185 Stimmen (1 Kandidat). Das Wahlergebnis befundet eine schwere Niederlage der Genossen.

Hätte der evangelische Arbeiterverein, der sich im Schlepptau des Hüttenarbeiterbezirks und dessen Hintermänner befindet, wie bei den Wahlen von 1906 keine eigene Liste aufgestellt, dann hätten die Sozialdemokraten nur einen und die Christlich-Nationalen fünf Kandidaten erhalten. Guteit haben es die Scharfmacher und ihre Hintermänner in St. Ingbert durch ihre bekannte konfessionelle und politische Heze fertig gebracht, die christlich-nationalen Arbeiterchaft zum Vorteil der Ge- nossen zu zersplittern. Leider will es ein Teil der evangelischen Kollegen noch nicht einsehen, daß sie sich zum Schaden von Seiten der Scharfmacher verhehen und missbrauchen lassen. In St. Ingbert, wo die Arbeiterschaft zum größten Teil auf christlich-nationalem Boden steht, könnte durch die Einigkeit dieser Arbeiter den Scharfmachern ihr Handwerk, betreffend Entziehung und Unterdrückung der Arbeiter, gelöst werden. Wenn werden die evangelischen Kollegen endlich stehen werden?

Magdeburg. Unsere Ortsgruppe hielt am 27. Februar ihre Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Nachdem der Vorjährende dem verstorbenen Kollegen Fürstenberg-Groß-Ditterschen einen kurzen Nachruf gewidmet und die Versammlung dessen Andenkens durch Erheben von den Plätzen geehrt hatte, erstattete der Kassierer den Kassenbericht für das 4. Quartal 09 und im Anschluß daran den Jahresbericht. Den letzteren entnehmen wir folgendes: Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 4770,60 Mark. Die Ausgaben stehen sich aus folgenden Titeln zusammen: Kranenunterstützung 1344,88 Mark, Arbeitslohnunterstützung 788,26 M., Streifunterstützung 159,87 M., Wanderunterstützung 50,50 Mark, 15 Proz. bzw. 10 Proz. der Beiträge 623,36 Mark, zusammen 2996,88 Mark. An die Hauptkasse wurden 1773,72 Mark abgeführt. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Bestandes vom vorigen Jahr eine Einnahme von 2011,10 Mark, eine Ausgabe von 987,61 M., mithin einen Bestand 1024,49 Mark.

In Versammlungen wurden abgehalten: 4 Generalversammlungen der Ortsverwaltung, 60 Sektionsversammlungen, 4 Werkstättenversammlungen, 54 Vorstand- und Betriebsrätemeetingungen. Der Besuch der Versammlungen war leider nicht immer ein guter zu nennen, hat sich jedoch gegen Ende des Jahres gebessert und hoffen wir, daß die Besserung auch anhält, zumal jetzt in jeder Versammlung ein Worttag gehalten wird.

So auch das Jahr 1909 noch unter dem Zeichen der Krise stand, so war auch naturgemäß die Zahl der Bewegungen eine relativ geringe, obwohl die Abzüge in allen Bereichen an der Tagesordnung waren: Tiefe Bewegungen, 7 an der Zahl, waren vom deutschen Metallarbeiter-Verband inszeniert, verließen jedoch sämtlich resultatlos, wie man dies ja besonders hier in Magdeburg vom „freien“ Verband gewöhnt ist. Die Gründung bei gleichen Personen hat sich für die Unternehmer als ein einträgliches Geschäft er-

wiesen, denn ohne das Bestehen dieser Vereine wäre es doch wohl nicht denkbar, daß die Betriebe fortwährend die Wettbewerbspreise reduzieren würden. Von der außerordentlichen Mühseligkeit der Gelben überzeugt, haben denn auch verschiedene Fabriken, allen voran das Krupp-Gusswerk und die Maschinenfabrik „Budan“ den gelben Fraktionszwang eingeführt, das heißt, alle Arbeiter, welche eingestellt werden, müssen dem Betriebsrat beitreten.

Diese Umstände bilden denn auch die Erklärung dafür, weshalb wir in der Agitation, trotz der größten Mühe, nicht so recht vorwärts kommen können. Dazu kommt noch, daß viele unserer Kollegen, dem sozialdemokratischen Phrasengeschlingel von den höheren Unterstützungsäpfen Glauben entgegenbringen und so für die Werbung neuer Mitglieder überhaupt nicht in Betracht kommen, denn niemand kann für eine Idee werben, von der er selbst nicht fest überzeugt ist. Aufgenommen im Vertragsfahrt wurden 28 Kollegen, Zugerecht und aus andern Verbänden übergetreten 4, ausgeschieden 5 Kollegen. Abgereist oder andern Wahlstellen überwiesen sind 21 Kollegen. Mit einem Mehr von 6 Kollegen sind wir ins neue Jahr eingetreten, ein allerdings nur bescheidener Erfolg, der uns in keiner Weise befriedigt kann. Hoffen wir, daß in der aufrührts stetigenden Konjunktur, die sich auch hier bereits bemerkbar macht, es uns möglich sein wird, unsere Mitgliederzahl zu verdoppeln.

Die Vorstandswahl erlebte sich glatt, da her alte Vorstand, mit Ausnahme des Schriftführers, der eine Wiederwahl ablehnte, durch Amt einstimmig wiedergewählt wurde. — Hierauf referierte Kollege Frieder über seine Tätigkeit als Gewerbegegerichtsrichter, dessen Waren und interessanteste Ausführungen lebhafter Beifall gezeigt wurde. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, in allerdringlicher Zeit eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, in der ausschließlich über „das Gewerbegegerichtsgesetz“ referiert werden soll, um dann dieses Jahr schon fröhlich in eine rege Agitation für die im kommenden Herbst stattfindende Gewerbegegerichtswahl einzutreten. Mit einem Hoch auf unsern christlichen Metallarbeiter-Verband wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Völklingen. Durch Anschlag auf den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken teilten die gelben Handlanger ihrer „Treuen“ (freiwilligen und unfreiwilligen Mitgliedern) mit, daß ihnen die Firma 47 000 Mark Arbeitsergänzungszahlungen (siehe: Illinoian) überwiesen hat, die demnächst an die Mitglieder durch die Vorstände verteilt werden sollen. Wenn irgendwo die beförten gelben Lohnblätter „verdient“ haben, daß ihnen ihr „Herr“ und „Gebieter“ 47 000 Mark Gratifikationen gibt, dann sind es die Völklinger Gelben.

Wie Lämmer haben diese armen Leute alles, aber auch alles über sich ergehen lassen, ohne auch nur den Mund auf zu tun. Vöine widerredet sind sie alle „freiwillig“ überwonten der scharfmacherischen, arbeiter- und christentumseindlichen „Völklinger Zeitung“, die im Geist Dr. Tillie's redigiert wird. Menschenrechte und Arbeiterrechte kennt diese Zeitung überhaupt nicht, weder in wirtschaftlicher, politischer, noch religiöser Hinsicht. Alles ist Masse, der Arbeiter ist nur der Träger der Muskelkraft.

Das sind die Ansichten der „Völklinger Zeitung“, und diese Zeitung, die mitunter die heiligsten Güter der noch christlich gesinteten Gelben mit führen tritt, wird geduldig von den „gelben“ Arbeitern gelesen. Wahrhaftig, für eine solche „Heiligenhaftigkeit“ kann man eine Belohnung verlangen. Auch haben es die Völklinger Gelben niemals gewagt, zu protestieren, wenn ihnen zurzeit der Krise Steine statt Brot gegeben wurden, d. h. Lohnabzüge und Feierschichten auf der Tagesordnung standen. Kein Gelber hat jemals ein Wort gesagt, als die „Völklinger Zeitung“ im Auftrag der Gelben Protest gegen die Bundesratsverordnung betr. Hüttenarbeiterchutz erhob. Die Gelben waren schön still und ließen die Dummheit bei dem Glauben, als wenn sie auf Familienleben, Ruhepausen, um das Essen einzunehmen zu können, und auf Schuh der Gesundheit, sowie Nachts- und Sonntagsruhe gern verzichteten, im Interesse ihres „Herrn“ und „Gebieters“.

Kein Gelber, selbst kein katholischer Gelber hat ferner dagegen protestiert, als in einer gelben Versammlung in Gegenwart des Herrn Röchling gegen den fath. Arbeiterverein Völklingen in einer geradezu gehässigen Weise Stellung genommen wurde. Auch hat keiner der gelben Arbeitsteiligen dagegen protestiert, als man mit Gewalt die Kranenunterstützungskassen aufgezögzt hat und dann in einer gelb angehauchten Kasse umgedreht hat. Forderungen haben die Gelben überhaupt nicht gestellt, selbst noch nicht einmal ein Gewerbegegericht verlangen sie, trotzdem fast täglich ungerechte Bestrafungen bei der Firma Röchling vorkommen, Leute ungeheure entlassen werden, ferner ungewöhnliche Lohnabzüge auf der Tagesordnung stehen und den Arbeitern Zeugnisse beim Weggang verweigert werden. Das „adellose“ Verhalten der Gelben bei der letzten Stadtratswahl in Völklingen, wo die Gelben geschlossen für die Liste der Scharfmacher stimmten gegen die um ihre Freiheit kämpfenden Bürger, hat es ihrem „Herrn“ und „Gebieter“ besonders angetan, in den Geldsaal zu greifen, um von den Millionen, welche das Werk abwirft, 47 000 Mark als Rettung zu geben.

Wahrhaftig, die Gelben können stolz sein auf die Gabe, die ihnen ihr „Herr“ beschert hat, sie sind ihrer „wert“. Aber muß nicht im Herzen eines jeden rechtenden Deutschen Mannes die größte Entrüstung blazieren, wenn er sieht, wie hier mit den Arbeiternrechten umgesetzungen wird. Wenn ein streitender Arbeiter zum Streithähnchen sagt: „Du trauriger Mensch“, dann wird er mit Gefängnis bestraft; und was geschieht, wenn ein saarabischer Kapitalist seine Macht mißbraucht? Die Behörden, Landräte, Regierungsräte etc. erscheinen zu den Gesinnungen der Gelben, die von ihren Protektoren veranlaßt werden. Ehrenzeichen werden den „Führern“ der Gelben auf Vorschlag gewisser Kreise verliehen, selbst an solche Leute, von denen einer, was gerichtet nachgewiesen werden kann, keine saubere Vergangenheit hat. Saarabien! Saarabien! Du Land der herrlichen Berge und Täler, wann bricht für dein Volk der Frühling der goldenen Freiheit an?

Düren. Bei der Firma Zimmermann & Jansen wurde durch die wirtschaftliche Krise für die Arbeiter manche Feierlichkeit eingelegt, bezüglichnahmen die Arbeiter manche Feierlichkeit völlig hin, weil sie sich sagten, daß auf die Firma mit Schwierigkeiten zu rechnen habe. Dieser gute Wille der Arbeiterschaft scheint aber

bei der Firma wenig Gegenliebe gefunden zu haben, denn in letzter Zeit wird dort ein Ton angeschlagen, der mehr an einen zoologischen Garten, als an anständige Menschen erinnert. Von der obersten Spiege fliegen die lieblosen Ausdrücke, wie: „Windhundgesellschaft, Esel, Schweinepriester usw. an die Arbeiterschaft und Angestellten. Daß derartige Ausdrücke von einem Stadtverordneten gebraucht werden, ist auf alle Fälle verwerthlich. Wir sind der Meinung, daß das Amt eines Stadtverordneten und der Besitz einer Fabrik noch lange nicht Schimpffreiheit gewährt. Die Dürner Arbeiter werden noch leben und Arbeit bekommen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Fabrik von Zimmermann & Jansen nicht mehr bestehen sollte. Auch den Arbeitern könnte einmal der Gedanke reißen, wenn es so weiter geht.

Die Zustände in der Fabrik spotten jeder Beschreibung. Der Speiseaal gleicht eher einem Stall, als einem für Menschen bestimmten Aufenthalts. Ventilation ist in keiner Werkstatt zu finden. In der Gießerei ist es geradezu unmöglich. Der Qualm, Rauch und Staub hat keinen Abzug. Die Gesichtsfarbe der Arbeiter zeigt am besten diesen Missstand. Bleich wie Geister und als wandelnde Skelette gehen die Arbeiter ihrem Beruf nach. Der Platz liegt fast ständig voll Unrat. Reinigung findet fast gar nicht statt.

Die alten Arbeiter müssen längeren Platz machen. Vor kurzem wurde ein alter Schlosser, der 35 Jahre dort beschäftigt war, entlassen. Darob große Erregung. Der Entlassung wurde der Schönheitsmantel umgehängt, indem man denselben ein schönes Abschiedsmahl bereitete und mit einer Uhr beehrte. Vor kurzem erhielt die Schlosserei und Dreher einen neuen Betriebsleiter. Dieser Herr nennt sich Werksführer. Vom Führen des Werks hat dieser aber ancheinend wenig Ahnung. Deshalb entschied er sich manchen alten Arbeitern, weil diese mehr Ahnung hatten, wie der Herr Werksführer. Seine ganze Tätigkeit scheint mir im Klosterbetrieb zu bestehen. Auf diese Weise ist es schon vorgekommen, daß Schlosser mit einem Fehlbetrag von 5 Mark bei der Böhrung herausfanden. Den Dreher wird der Aufforderung auf die Drehbank geworfen. Ob derselbe die Arbeit für den Preis machen kann, ist Nebensache. Daß durch diese Zustände der Betrieb zu einem Taubenschlag wird, ist klar. „Wer nicht partiert, der fliegt“. Selbst alten Meistern, wie dem früheren Schlossermeister, wurde die Kündigung schriftlich ins Haus geschickt.

Aus diesen Gründen werden die Arbeiter von Zimmermann & Jansen in Düren und Umgegend gefragt: ob sie auch in der „Flugwoche“ arbeiten. Eines ist klar: So wie es bisher gegangen, kann es nicht weiter gehen. Deshalb, Arbeiter der Firma Zimmermann & Jansen! Erinnert Euch! Wür schreiben diese Zeilen, um zu beweisen, daß wir auch noch da sind. Sollten die Zustände sich nicht bessern, so müssen wir das Kundenregister noch etwas mehr der Oeffentlichkeit darlegen. Deshalb, Arbeiter, steht fest und treu zusammen! Wahret Euer Recht! Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte!

Schramberg. Sechs Jahre sind verstrichen, seitdem in hiesiger Stadt den Sozialdemokraten die Betriebsstellen beim Gewerbegegericht entrissen wurden. Dies geschah damals durch ein gemeinsames Vorgehen der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, wie der konfessionellen Arbeitervereine. Die Vertreter dieser Korporationen stellten dann den Antrag zur Einführung der Proporzwahl. Vor drei Jahren wurde zum erstenmal nach diesem System, und zwar mit gebundenen Listen gewählt. Am 31. März läuft die Periode ab. Am 4. April soll die Wahl der Beisitzer für drei weitere Jahre vorgenommen werden. Das Verhältnis der einzelnen Gruppen, welche für die nun zu Ende gehende Periode Vertreter zum Gewerbegegericht entsandten, war folgendes: Christl. Gewerkschaftskartell, kath. Arbeiter- und Gesellenverein 3, Hirschrucker 1 und sozialdemokratische Gewerkschaften 5 Vertreter. Wenn bei der letzten Wahl vier Wähler mehr für die christliche Liste gestimmt hätten, dann wäre den Sozialdemokraten ein Sitz abgenommen worden zu unseren Gunsten. Mit Leichtigkeit wäre dieses möglich gewesen, wenn die christlich geprägte Arbeiterschaft sich so rege an der Wahl beteiligt hätte, wie dies gegnerischerseits der Fall war.

Die Periode ist vorbei und wir können es nicht ändern. Aber jetzt ist die Zeit vorbei, wo wir besser machen können. Jetzt gilt es dafür zu sorgen, daß die Wahlbeteiligung unsererseits eine regere wird. Gleich dieser Zeilen ist der, die Kollegen zu rühriger, unverdrossener und ernster Arbeit anzuspornen, um den Erfolg an unsere Fahne zu holen. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir unsere drei Beisitzer, also unseren Besitzstand erhalten, sondern es muß möglich sein, weitere Sitze zu erobern. Arbeitet, agiert und seht alles ein, um uns zum Sieg zu versetzen. Daraum lautet unsere Parole: Frisch auf zur Tat!

Köln. Der in der Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle erfasste Jahresbericht gab ein anschauliches Bild von der Tätigkeit im verflossenen Jahr, ferner aber auch die Richtlinien für unsere nächsten Aufgaben der Zukunft. Einleitend bemerkte Kollege Käser, daß die Arbeiterschaft zum großen Teil schwer unter der Krise zu leiden hatte. Verstanden es doch die Unternehmer meisterhaft, die Folgen der wirtschaftlichen Depression in der Haupstadt auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Mehrere größere Betriebe in unserer Verwaltung waren in der Lage, trotz bedeutend geringerer Umsätze den Gewinn noch zu erhöhen. Allerdings nur infolge „technischer Verbesserungen“, wie sich die Geschäftsberichte gelegentlich so schön ausdrücken. Wie aber diese „technischen Verbesserungen“ in Wirklichkeit aussehen, davon wissen die meisten Kollegen ein Liedchen zu singen. Gewöhnlich befiehlt sie nur in der Anspannung der Arbeitskraft des einzelnen bis zum äußersten, sowie in ganz horrenden Lohnabzügen.

Die schlechte Geschäftslage äußerte sich außer in Lohnabzügen durch Arbeitszeitverkürzung, Einlegung von Feiertagen, sowie durch Entlassung zahlreicher Arbeiter, besonders in den Waggonfabriken. Im Handwerk, das im hiesigen Bezirk hauptsächlich mit dem Waggonbau eng verbündet ist, waren die Verhältnisse ebenfalls die deutlich ungünstigsten. Dachte man im ersten Quartal, daß sich auf Grund der genehmigten Baupläne eine reg-

Tätigkeit entwickeln werde, so sah man sich hierin schwer gefürchtet, weil nur ein ganz seliner Teil der genannten Vantens in Angriff genommen wurde.

Dieser allgemeinen Lage entsprechend konnten auch die zahlreichen geführten Bewegungen nur dazu dienen, eine große Zahl von beabsichtigten Vohneverbündeten ganz oder teilweise abzuwehren. Das ist uns in den meisten Fällen auch gelungen, wie der Referent in seinen Ausführungen des Nächsten darlegte. Ganz besonders waren die Beurteilungen der Arbeiterschaft ein Erfolg dort verschieden, wo das Organisationsverhältnis ein gutes genannt werden kann. Wertvollster Wert für die Arbeiterschaft und für die Aktivität der Organisation zugehend ist die Tatsache, daß in gut organisierten Betrieben Erfolge in der Höhe überhaupt garnicht versucht wurden, als in solchen Betrieben, in denen eine schlechte oder gar keine Organisation vorhanden war. Als Beweis für diese Behauptung könnte eine ganze Anzahl von Betrieben, sogar innerhalb des gleichen Unternehmens angeführt werden.

Den zahlreichen Bewegungen entsprechend war die Tätigkeit des Vatalbeamten ziemlich umfangreich. Er nahm im abgelaufenen Jahre an insgesamt 806 Versammlungen und Sitzungen teil. Dieselben verteilen sich auf: Mitglieder-Versammlungen 68, Betriebs-Versammlungen 70, öffentliche Versammlungen 6, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 95, sonstige Sitzungen und Versammlungen 67. Auch die Bureau-tätigkeit war entsprechend umfangreich, denn es wurden 2234 Sendungen an Briefen, Postkarten und Drucksachen verschickt. Zu bemängeln war, daß unsere Mitglieder vielfach den Beamten nicht die nötige Unterstützung bieten durch Sammeln von Material. Nach dieser Richtung kann und muß manches besser werden.

In die Berichtszeit füllt auch das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens unseres Verbändes. Unlängst dieser Feier wurden in fast allen Sektionen und Ortsgruppen unserer Verwaltung Festversammlungen abgehalten. Dieselben brachten durchweg neue Begeisterung und frisch pulsierendes Leben in die Bewegung. Nicht unerwähnt kann an dieser Stelle die Hebe bleiben, welche von den „Genossen“ gelegentlich der Verabschiedung der Reichsfinanzreform hier getrieben wurde. Übers Antwort auf den „berühmten“ Bildbogen, welcher vom „Metallarbeiterverband hier herausgegeben wurde, erfolgte prompt von unserer Bezirksleitung ein Flugblatt, das wie in 40 000 Exemplaren verbreitet. Die Schläge hatten so gründlich gesessen, daß den Herren anscheinend der Stoff und die Lust zu einer sachlichen Erwidern fehlte; denn einige Tage später erschien in der W.H. B. eine Notiz, in der bekannt gegeben wurde, daß die „Genossen“ auf eine Antwort verzichten, weil sie sich mit „Nabauer“ nicht abgeben möchten. Es ist wirklich was Schönes um die zartbereiteten Gemüter unserer Männer und Mülheimer „Genossen“!

Die Mitgliederbewegung, sowie die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Mitgliederzahl am Anfang des Jahres: 988, neu aufgenommen 415, aus anderen Verbänden übergetreten 14, zugestellt 57, Aufschluß der Ortsgruppe Brühl 86, zusammen 1510; ausgetreten 184, ausgeschlossen 162; Abgereist 145, Gestorben 13, zusammen 394. Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1116. Der Kassenabschluß zeigt sich in folgender Zusammenstellung: Markenverkauf: 400 Eintrittsmarken a 50 Pf. und 15 a 20 Pf. 908 Beltragsmarken a 90 Pf., 46 534 a 60, 21 a 50, 126 a 40 und 428 a 35 Pf.; 2412 Delegiertenmarken, Durchschnittsquote 45,25. Einnahmen der Hauptkasse: Eintritte a 50 Pf., 200 Mark, a 30 4,50; Beiträge a 90 Pf. 547,90 Mark, a 60 27 920,40, a 50 10,50, a 40 50,10, a 30 128,40; Delegiertensteuer 241,20 Mark; Broschüren 191,55 Mark; Sammlung für Streiks 108,55 Mark; Sonstige Einnahmen 7,50 Mark; Gesamtsumme 29 410,50 Mark. Ausgaben der Hauptkasse: Reise: 328 Mark, Maßregelung 85,00, Anzug 290,00, Kranken 7924,08, Arbeitslosen 2854,26, Notfall 25,00, Sterbegeld 200,00, Rechtschutz 21,00, 15 Proz. 4216,46, 10 Proz. 54,72, Summa der Ausgaben 15 998,47 Mark. Einnahmen 29 410,50 Mark, Ausgaben 15 998,47 Mark, an die Zentrale 19 412,03 Mark, pro Mitglied 12,75 Mark. Einnahmen der Lokalkasse: 15 Proz. der Beiträge 4216,46 Mark, 10 Proz. der Beiträge 54,72, Lokalszuschlag 4606,70, Extrabeträge 641,13, Sonstige Einnahmen 278,14, Summa der Einnahmen 9797,41 Mark. Ausgaben der Lokalkasse: Beitr. 4438,91 Mark, Agitation, Flugblätter 1122,54, Büro-Eschreibmaterial 664,53, Verwaltung 1344,11, sonstige Unterstützungen 717,50, Bücher, Broschüren 315,31, Sonstige Ausgaben 826,13, Kartellbeiträge 733,88, Gehalt 1825,00, Summa der Ausgaben 11 487,71 Mark. Ausgaben 11 487,71 Mark, Einnahmen 9797,41 Mark, zugesetzt 1690,30 Mark. Zu der vorstehenden Abrechnung ist zu bemerken: Die durchschnittliche Beitragaleistung muß noch besser werden. Wohl ist von Quartal zu Quartal eine ganz kleine Steigerung zu bemerken, allein der Jahresdurchschnitt mit 45,35 Beiträgen ist noch zu niedrig. Ganz besonders aber dann, wenn wir bedenken, daß blos 415 Aufnahmen erfolgt sind und die höchste Zahl der Aufnahmen ins 2. Quartal fällt. Besonders niedrig aber ist die Zahl der Delegiertenmarken; hier haben die Vertrauensmänner dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied seine statutgemäße Pflicht erfüllt.

Der besonderen Beachtung jener Mitglieder, denen die Beiträge zu hoch schienen, ist die Summe der gezahlten Unterstützungen zu empfehlen. Im vergangenen Jahre taten den Mitgliedern durch Unterstützungen wieder zu gute pro Kopf 11,14 Mark. Hiervon trifft auf die Krankenunterstützung allein schon 7,53 Mark. Das ist lebensfalls ein Umstand, der unserer größten Aufmerksamkeit wert ist, wenn wir auf die Dauer den Charakter einer gewerkschaftlichen Organisation nicht verwischen wollen.

Die Lokalkasse schneidet ja entschieden ungünstiger ab, als die Hauptkasse. Allein wenn wir beachten, daß die Ausgestaltung und Einrichtung des Sekretariates wie die Steigerung der Unterstützungen in ganz bedeutender Höhe den Aufschuß notwendig machen, ist kein Grund vorhanden, mit Nachdrücklichkeit in die Zukunft zu schenken.

Noch ein Wort über die Mitgliederbewegung! Ein Teil unserer Kollegen hat in anerkannter Weise seine Pflicht getan in Bezug auf Agitation, sonst wäre es nicht möglich getroffen, unseren Mitgliedsstand um 128 zu steigern. Allm. was bedeuten 415 Aufnahmen gegenüber einer Durchschnittszahl von 1052 Mitgliedern? Wenn nur jedes Mit-

glied einen neuen Kollegen gewonnen hätte und das wäre selbst in der Krisenzeit möglich gewesen, wäre die Aufnahmesiffer mehr als verdoppelt! Also nach dieser Richtung hin mehr der Pflichten als Gewerkschaftler gedenken und nicht die Agitation einzelnen Kollegen überlassen, dann werden wir beim nächsten Abschluß über ganz andere Resultate berichten können!

Zum Schluß sei an dieser Stelle mit Worten der Anerkennung und des Dankes all denjenigen Kollegen gedacht, welche als Funktionäre des Verbandes in diesem Jahre gewirkt haben. Manchmal mit Aufbietung ihrer ganzen körperlichen und geistigen Kräfte haben Einzelne gearbeitet, selbst unter Einziehung ihrer Freizeit in dem Bewußtsein, einer guten Sache zu dienen.

Doch jetzt gilt es, mit vereinten Kräften einzusehen! Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Natur ihre Wiederherstellung feiert und damit Lebenslust und Freude lebt in die halbsterblichen Herzen der verblühtesten Egoisten geht, jetzt, wo durch die langsam sich zergängende Verschönerung im Wirtschaftsleben Mut und Zuversicht in die Herzen aller Jagdhästen und Furchtsamen einzicht, jetzt gilt es, mit unermüdlicher Kraft und Ausdauer an die Verarbeit heranzutreten und als leuchtendes Beispiel alle die Bauen und Träumen mitzuteilen zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Verbandes, im wohlverstandenen eigenen Interesse!

Saarbezirk. Die Lohnfrage der Werkstättenarbeiter auf den königlichen Gruben an der Saar und des Vorliegenden des Lokalverbandes, Herr W. Vorsitzender des Lokalverbandes der Werkstättenarbeiter von den königlichen Gruben an der Saar versucht mit allen Mitteln den Anschluß der Werkstättenarbeiter an den christlichen Metallarbeiterverband zu verhindern. Gott sei dank bis jetzt mit seinem Erfolg. Der Mann glaubt dadurch seine „Gefahren“ von dem christlichen Metallarbeiterverband fernzuhalten, indem er ihnen in Versammlungen klar zu machen versucht, daß von einer Lohnfrage für die Werkstättenarbeiter garnicht die Rede sein könnte, da ja alles in Schönster Ordnung sei. In früheren Versammlungen ist W. schon auf Widerstand gestoßen bei seinen Kameraden, wenn er in seiner Meinung erklärte: „Mit den Löhnern brauchen wir uns nicht zu beschäftigen, da wir mit denselben zufrieden sein können.“

Nach in den beiden letzten stattgefundenen Vollversammlungen des Lokalverbands in Louisenthal und Friedrichshöhe — an denen nebenbei bemerkt je nur 50 Anhänger des Lokalverbandes teilnahmen, alle übrigen Versammlungsbesucher waren bereits Mitglieder von unserem Verband — hat Herr W. die Löhn der Werkstättenarbeiter als rostig hinausstellt und ist dabei auch vorsichtig bei seinen eigenen Leuten auf großen Widerstand gestoßen. Zu Louisenthal erklärte er am 10. März z. V. folgendes: „Eine Lohnfrage besteht für Werkstättenarbeiter nicht (!), infolgedessen brauchen wir uns mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen überhaupt nicht zu befassen. Gewerkschaften können für uns nicht in Betracht kommen, da dieselbe 120—150 Mark monatlich beträgt.“

Da diese Angaben der Wahrheit durchaus nicht entsprechen, ist es erklärlieblich, daß selbst die Anhänger von W. gegen diese Behauptungen und Ausschreibungen protestieren. Ein Mitglied des Lokalverbandes gab W. folgende Antwort: „W. könnte wohl mit seinem Lohn (150 Mark monatlich) zufrieden sein, aber die meisten Kameraden in den Werkstätten verdienen noch weit unter 120 Mark monatlich.“ Bezeichnend ist, daß auf der Grube Glöttelborn ein eisiger Förderer vom Lokalverbandchen, der, nebenbei bemerkt, noch Auschüssermann ist, monatlich sogar bis zu 200 Mark verdient. Die Stellungnahme des Vorständen des Lokalverbandes zur Lohnfrage läßt somit allerhand Schlüsse zu. Es kann wohl genügen, wenn Ihnen (den Werkstättenarbeitern) die Worte zugespielen werden: „An Ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen!“ Darum die Augen auf, Kameraden, zeigt daß die Männer und standesbewußte Arbeiter sind, indem ihr auch dem christlichen Metallarbeiterverband angeschaut, der leistungsfähig ist und mit dem nötigen Ernst eure Interessen wahrnimmt. Sehr Kamerad weiß, daß die Lohnverhältnisse der Werkstättenarbeiter auf den königl. Saargruben noch sehr viel zu wünschen übrig lassen und gerade in der Zeit, wo ein Arbeiter in den besten Mannesjahren steht. Die Fachfaktion der Werkstättenarbeiter und Maschinisten im christlichen Metallarbeiterverband an der Saar, die am Sonntag den 13. März gebildet wurde, wird Ihre erste Aufgabe darin erfüllen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkstättenarbeiter und Maschinisten statistisch zu erfassen, um so ein klares Bild über die tatsächlichen Verhältnisse zu bekommen. Diese Statistik wird dann zeigen, daß der „Führer“ des Lokalverbands seine Mitglieder, ob bewußt oder unbewußt soll hier nicht untersucht werden, ein vollständig falsches Bild über die Lage dieser Arbeiterkategorie gezeichnet hat.

Soziale Rechtsprechung.

Aerztliche Gutachten.

Die Schaffung der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung war eine soziale Tat. Auf dem internationalen Versicherungskongress in Rom, haben die Vertreter anderer Nationen selbst anerkannt, daß das Deutsche Reich mit seiner Versicherungsgesetzgebung weit voraus geübt ist. Das wird in heimischen Landen nicht immer recht gewürdigt. Die Ursache liegt in der verdeckten Agitation der Sozialdemokratie einerseits, andererseits in der Durchführung der Versicherungsgesetze, insbesondere des Unfallversicherungsgesetzes. Bis ein Unfallverletzter zu seinem Rechte kommt, bis er eine Rente erhält, geht es oft lange her. Die Verursager, Geschäftsführer, machen gegenüber den Rentenansprüchen Verlehrter oft alle möglichen Einwände geltend. Dabei spielen die ärztlichen Gutachten eine große Rolle. In vielen, vielen Fällen kommt es ausdrücklich darauf an, ob der Verletzte eine Rente bekommt oder nicht.

Das ist ja erklärlich; der Arzt ist Kenner des menschlichen Organismus; er befindet über die Ursachen von Störungen derselben. Da man in das Innere eines Menschen aber nicht hineinschauen kann, so sind solche Feststellungen schwer und manche Gutachten treffen nicht das richtige. In diesem Falle verlehrten sie nicht nur das Rechtsempfinden der Verletzten und der Versicherten, sondern führen auch

materielle Schädigungen jenseitigen herbei. Schiedsgerichte und Rechtsversicherung antworten ihre Entscheidungen fast ausschließlich auf die ärztlichen Gutachten, oder wenn sich widersprechende Gutachten vorlegen, was häufig vorkommt, auf die Obergutachten. Alle anderen Beweismittel, die der Verlehrte vielleicht zu seinen Gunsten vorbringen kann, treten da in den Hintergrund oder werden überhaupt nicht gewürdigt. Das ist ein großer, vielbelagter Mangel des Rechtsprechung auf dem Gebiete der Versicherungswesen, auf besseren Vorsorge ist hingearbeitet werden muß.

Im Nachstehenden bringen wir unsern Lesern zu freier Beurteilung dieser Verhältnisse solche Obergutachten zur Kenntnis.

Bernierung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen einem Betriebsunfall und einer Gehirnschwäche. Ein Arbeiter fiel von einem Gerüst. Nach Aussage eines Zeugen schlug er sich beim Fallen den Kopf auf, er lagte auch nach dem Unfall über Kopfschmerzen. Nach einem Jahre wurden diese sehr heftig, Schwindel und Erbrechen traten hinzu, ferner Gedächtnisschwäche und Sprachstörungen. 1½ Jahr nach dem Unfall starb er. Die Leichenöffnung ergab das Vorhandensein einer Gehirnwunde im Stirnhirn.

Der Universitätsprofessor Dr. Goldschneider in Berlin, vom Reichsversicherungsaamt um ein Obergutachten angegangen, erklärte: „Dass die Gehirngeschwulst durch den Unfall entstanden sei, kann ohne weiteres als ausgeschlossen gelten. Zum Beweise des ursächlichen Zusammenhangs kann es nicht genügen, daß vor dem Unfall keine Kopfschmerzen bestanden und solche nach dem Unfall begonnen haben. Um einen solchen Zusammenhang für wahrscheinlich halten zu können, ist es vor allem nötig, daß der Unfall nicht bloß eine unmittelbare Quetschung oder Verletzung des Schädels bewirkt hat und daß alsbald irgend welche Zeichen einer Hirnverletzung zu bemerken sind. Auch Hirnsymptome sind im Anschluß an den Unfall nicht aufgetreten, außer Kopfschmerzen. Dieser beweist aber nichts, denn er ist hier kein Zeichen traumatischer Hirnschädigung. Der Kopfschmerz hatte seine Ursache in einer Geschwulst, die beim Unfall schon vorhanden war. Die Geschwulstsymptome wurden durch den Unfall nur verstärkt, das kann man aber nicht ohne weiteres als Verstärkung der Geschwulst bezeichnen.“

Somit bleibt als einziges Zeichen einer Einwirkung des Unfalls bestehen, daß nach diesem das subjektive Geschwulstsymptom des Kopfschmerzes zuerst aufgetreten ist, woraus weiter nichts zu schließen ist, als daß durch die Erhöhung einer Verschiebung der Teile im Gehirn eingetreten ist, welche zur Folge hatte, daß die Anpassung der Umgebung des Gehirns an den allmählich gewachsene Druck eine gewisse Schwächung erhielt, so daß es von jetzt ab zum subjektiven Bewußtwerden des Leidens kam. Eine Wahrscheinlichkeit für die Beschleunigung der objektiven Schädigung des Gehirns durch die Geschwulst besteht jedenfalls, vielmehr ist anzunehmen, daß diese ohne den Unfall ungefähr in der gleichen Zeitfrist ihre zum Tode führende Entwicklung auf das Gehirn entfaltet haben würde.

Hier nach begutachte ich, daß die Gehirnschwäche, an welcher der Arbeiter verstorben ist und daß der Tod auch sonst mit dem Unfall nicht in ursprünglichem Zusammenhang steht.

Die auf ein anderes ärztliches Gutachten gestützte Ansicht des Schiedsgerichts, daß durch den Unfall die Gehirngeschwulst sich verschlimmert und den Tod herbei geführt habe, wurde vom Rechtsgericht durch vorstehendes Obergutachten für widerlegt erachtet. Die Entschädigungsansprüche der Unterliegenden wurden zurückgewiesen.

G. P.

Wann ist das Wort Streitbrecher keine Beleidigung mehr?

Vom Schöffengericht Ludwigshafen war der Zimmermann Müller von Ludwigshafen wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er zwei Zimmerleuten, die während des im Sommer dieses Jahres gehabten Streiks der Ludwigshafener Zimmerleute arbeiteten, im Vorübergehen das Wort „Streitbrecher“ zugerufen hat. Auf die von dem Angeklagten gegen das Urteil eingegangene Berufung erkannte der Strafanreiter Frankenthal auf Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils und auf Einstellung des Strafverfahrens, da an dem Tage, an welchem sich Müller des Zurufes schuldig gemacht hatte, der Streit tatsächlich beendet gewesen sei, ein Vergehen gegen die Gewerbeordnung aber nach Beendigung des Streiks nicht mehr als vorliegend erachtet werden könne. Es hätte der Zutritt nur noch wegen Bekleidung verfolgt werden können, wegen einer solchen sei aber ein Strafantrag nicht gestellt worden.

Soziales.

Tarifverträge im Urteil von Arbeitgeberkreisen

Um Material für die bevorstehenden Tarifverhandlungen im Baugewerbe zu gewinnen, hat der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Herbst vorjähriges Jahr durch Fragebogen eine Erhebung bei seinen Unterverbänden veranstaltet, deren Ergebnisse wir in einer kurzen Zusammenstellung u. a. in der „Baugewerkschaft“ (Nr. 7) vom Zentralverband der christlichen Bauarbeiter Deutschlands wiederfinden. Bedauerlich ist, daß von den 500 Unterverbänden nur 75 Prozent geantwortet haben. Von den einzelnen Fragen des Bogens ist für weitere Kreise insbesondere die interessant: Welche Erfahrungen haben sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben?

Aus der Beantwortung dieser Frage geht zunächst hervor, daß ein großer Teil der Arbeitgeberverbände sich überhaupt nach dem Urteil über die Bewertung der Tarifverträge gebildet hat. Von den befragten Verbänden haben nämlich 126 auf obige Frage überhaupt keine Antwort gegeben. Aus der Beantwortung durch die übrigen Verbände geht hervor, daß

70 Fällen gute und teils sehr gute Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft gemacht worden sind. 96 Ortsverbände haben bestätigende Erfahrungen gemacht, 96 sprechen sich bedingungsweise bestätigend oder gänzlich über die gemachten Erfahrungen aus, in weiteren sieben Fällen wird ausgesprochen, daß man keine ungünstigen Erfahrungen gemacht habe. Keine günstigen Erfahrungen wollen 14 Verbände gemacht haben, drei schlechte und einer gar traurige. Vier weitere Verbände wollen sich wegen der Kürze der Vertragsdauer, in der sie in der Tarifgemeinschaft stehen, eines Urteils enthalten. Drei weitere Verbände wollen dermaßen schlechte Erfahrungen gemacht haben, daß sie vertragsmilde geworden sind und nun eine vertraglose Zeit herbeisehn.

Eins ist dem Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes aufgefallen, nämlich eine schablonenmäßige Gleichförmigkeit bei der Beantwortung obiger Fragen seitens einzelner Unternehmerverbände, die den Verdacht einer gewissen Beeinflussung aufkommen läßt. Sollte dieser Verdacht zu Recht bestehen, so müßte allerdings das oben mitgeteilte Material dadurch immerhin eine gewisse Entwertung erfahren. Im übrigen zeigt die Beurteilung des deutschen Arbeitgeberbundes, daß die Tarifverträge im Arbeitgeberkreis eine noch immer verschiedene Beurteilung finden, wenn auch die starke Hervorhebung ihres Nutzens unverkennbar ist.

Welches Material muß bei einer Prozeßführung am Reichsversicherungsamt beigebracht werden?

Bekanntlich hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in Berlin ein Zentralrechtschutzbüro, das die Vertretung der Mitglieder am Reichsversicherungsamt übernimmt. In der Nr. 5 des Zentralblattes sagt der Zentralrechtschutzbürokollege Johann Becker darüber, daß manches deshalb zu ungünsten des Versicherten aussieht, weil dieser nicht oft das Verfahren in der ersten Instanz (Schiedsgerichte) schlecht vorbereitet und auch bei einem Einspruch am Reichsversicherungsamt es an den notwendigsten Beweismitteln und anderem notwendigen Material fehlen lasse. Der genannte Kollege macht deshalb bekannt, daß zu einer korrekten Prozeßführung am Reichsversicherungsamt folgendes Material unbedingt erforderlich ist:

1. Die Rentenbescheide der Berufsgenossenschaft (Landesversicherungsanstalt).
2. Eine Abschrift der Berufungslage an das Schiedsgericht.
3. Eine Abschrift der eingeholten ärztlichen Gutachten, auch etwaiger anderer Gutachten.
4. Das Urteil des Schiedsgerichts.
5. Abschrift der Rekurs- (Revisions-) Schrift gegen das Urteil des Schiedsgerichts, oder, falls 6. die Genossenschaft beim Schiedsgericht einen Antrag auf Aufhebung der Rente gestellt hat oder Rekurs bezw. Revision gegen das Urteil des Schiedsgerichts von der Genossenschaft bezw. Berufungsanstalt eingereicht ist: die Schriftsätze der Berufsgenossenschaft bezw. Landesversicherungsanstalt. In letzteren Fällen ist auch die Abschrift der Gegenschrift des beschagten Rentenbezahlers bezw. Rentenbewerbers beizufügen.
7. Um ferner den Tag der Übergabe der Schriftstücke an den Rentenbewerber seitens der Genossenschaft (Landesversicherungsanstalt) bezw. des Schiedsgerichts feststellen zu können, möge man die Couverts aufbewahren und ebenso mitnehmen.
8. Eine Vollmacht muß unter allen Umständen beiliegen. Wer nicht im Besitz der gebrückten, vom Zentralbüro zu beziehenden Vollmachtsformulare ist, möge sie einfordern. Mit einer Vollmacht handelsrechtlich ausgestattet, dann möge man den Namen des den Prozeß am Reichsversicherungsamt führenden Sekretärs nicht hinstreichen (nicht etwa Peter Doeler oder Johann Becker), sondern den Platz hierfür offenlassen. Der den Prozeß am Reichsversicherungsamt führende Sekretär des Zentralbüros wird seinen Namen selbst an die offene gefasste Stelle der Vollmacht setzen und so die Vollmacht ausfüllen.
- Der Rentenbewerber muß eine Bescheinigung über seine Zugänglichkeit zur christlichen Gewerkschaft beibringen. Denn nur dann gibt es kostenlose Vertretung am Reichsversicherungsamt.

Wir raten unseren Mitgliedern, sich diese Aufstellung anzuschnüren und aufzubewahren, um sie bei vor kommenden Fällen zur Hand zu haben. Das gilt namentlich für solche Mitglieder, die an ihrem Wohnsitz ein Volksbüro oder Arbeitssekretariat nicht haben und für solche, die bei Streitfragen in der Arbeiterversicherung anderen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen.

Eine Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten beabsichtigt die preußische Regierung. Vor einigen Tagen hat sie nämlich im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses durch einen Regierungskommissar bei der Forderung von 107 500 Mark mehr für die Aufsichtsbeamten erklärt lassen, daß die Zahl der vorhandenen Gewerbeaufsichtsbeamten in mehreren Bezirken nicht ausreiche und die Errichtung neuer Gewerbeaufsichtsbeamten notwendig sei. Die weiblichen Aufsichtsbeamten leisteten im wesentlichen dasselbe wie die männlichen. In Berlin sollen zwei neue

weibliche Gewerbeaufsichtsbeamten eingesetzt werden. Es sei auch die etatmäßige Anstellung der weiblichen Aufsichtsbeamten in Erwägung gezogen worden. Da eine neue Gewerbeinspektion soll in Charlottenburg, Spandau, Osterode am Harz und Düsseldorf-Land errichtet werden. Außerdem sollen drei etatmäßige Hilfsarbeiterstellen eingezogen und neue Gewerbeinspektionen in Dortmund II, Witten und Saarbrücken II eingerichtet werden. Endlich soll die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten im Landespolizeibezirk Berlin sowie in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Frankfurt, Hildesheim und Bönn erhöht werden. Eine solche Vermehrung der Beamtenzahl kann der Durchführung des Arbeitsschutzes nur zugute kommen.

Dass nachdrücklich Hülfekräfte aus dem Arbeitersstand für die Gewerbeaufsicht herangezogen werden sollen, davon hört man in Preußen leider immer noch nichts.

Die deutschen Eisenbahnen.

stellen einen Riesenbetrieb dar im wirtschaftlichen Sinne des Wortes. Im Jahre 1908 waren beschäftigt: im Verwaltungsdienst 20 258 Beamte, 6278 Diätare, 4129 Arbeiter, zusammen 30 765 Personen. Im Bahnhofunterhaltungs- und Reparationsdienst 34 131 Beamte, 2148 Diätare, 138 602 Arbeiter, zusammen 174 899 Personen. Bahnhofswartungs- und Zugbegleitungsdiest 140 196 Beamte, 13 582 Diätare, 153 409 Arbeiter, zusammen 17 087 Personen. Im Zugförderungs- und Waggondienst 48 465 Beamte, 1636 Diätare, 132 699 Arbeiter, zusammen 182 803 Personen. In der gesamten Betriebsverwaltung wurden 695 557 Beamte u. 100 000 Arbeiter beschäftigt und an diese insgesamt 1 020 3748 Mark Gehälter und Löhne gezahlt.

Die Invalidenversicherung in der Fortbildungsschule.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin läßt jetzt in den Berliner Fortbildungsschulen kleine Büchelchen über die Invalidenversicherung verbreiten. Jeder Schüler erhält ein Heftchen, in dem in großen Zügen das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung erläutert wird. In den ersten Wochentagen wird die zwangsläufige Versicherung behandelt, der letzte Abschnitt geht auch auf die freiwillige Versicherung ein. Zunächst wird die Frage behandelt, wer versichert sein muß; dann wird ausführlich gesezt, wie und wann die Versicherung zu folgen hat und schließlich wird erläutert, Marken welche Klasse zu tragen sind. Bei der freiwilligen Versicherung wird besonders auseinandergesetzt, wer für freiwilligen Versicherung berechtigt ist. Durch diese Belehrung kann immerhin manches Gute erreicht werden.

Friede im Gewerkschaftsstreit?

Wohlmeinende und friedliebende Katholiken, Befürsene und Unbefürsene haben sich schon lange die Köpfe darüber zerbrochen, ob und wie ein Ausgleich, ein Frieden zwischen den christlichen Gewerkschaften und Berliner Fachabteilungen herbeizuführen sei. In einem Artikel der in Wien erscheinenden Wochenschrift „Die Freiheit“ Nr. 10 (Herausgeber Friedr. Freiberger vor Vogelsang) über den Gewerkschaftsstreit in Deutschland sagt der Verfasser M. Gaiger-Münch folgendes über die eventl. Einigungsmöglichkeiten:

„Friede im Gewerkschaftsstreit! haben Optimisten in den letzten Wochen gerufen. So rasch aber geht das nicht. Das mag man um der Sache willen bedauern, aber es ändert nichts an der Tatfrage, daß im Wirtschaftsleben nur mit realen Werten, aber keineswegs mit Gefühlen gerechnet wird. Mit anderen Worten: Die allererste Voraussetzung für ein: Getrennt mitschieren, vereint schlagen, im letzten Ende auch mit gleichartigen gewerkschaftlichen ist doch wohl, daß beide gewerkschaftlichen Richtungen Mitteln kämpfen und im Ernstfalle bereit sind, auch die letzte Konsequenz, den Streik, zu tragen. Das trifft aber bei den Fachabteilungen nicht zu. Denn indem sie die Streitfreiheit so verklautulieren, daß sie vielleicht im tiefsten Fall einmal zutrifft, begeben sie sich des letzten und für die Arbeiterschaft einzigen Machtmittels, einen tarifbrüchigen Unternehmer zur Tatkannefremden zu zwingen. Hier also muß die Remedy eingesen: Statt dem Ideal des Staatssozialismus, das in der von den Fachabteilungen geforderten Ausdehnung in absehbaren Jahrzehnten keinerlei Aussicht auf Erfolg hat, die Realität in der Beziehung von Staats- und Selbsthilfe, wie sie den christlichen Gewerkschaften Erfolge gebracht hat.“

Das verstößt, auch in den letzten Konsequenzen der christlichen Gewerkschaftsarbeit, nicht gegen die Grundzüge der katholischen Morallehre, wie auch tüchtige Theologen und Moralisten bestätigen. Und noch eines: Es wird viel zu wenig beachtet, daß die katholische Kirche bereits einen Präzedenzfall der Anerkennung interkonfessioneller Gewerkschaftsarbeit geschaffen hat, — lange bevor es christliche Gewerkschaften gab: die Anerkennung des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes der „Ritter der Arbeit“ in Rom durch Vermittlung des Kardinals Gibbons.

Wenn also eine Einigung zwischen den beiden Müttern der Gewerkschaftsbewegung zum Segen der Arbeiterschaft stattfinden soll, so kann sie nur auf dem Wege zu zustande kommen, daß die Fachabteilungen als solche auf

hören zu verzichten; daß ihr „Correspondenzblatt“ eingeht und die Mitglieder sich den christlichen Gewerkschaften anschließen oder zum mindesten keine Gegenaktion entfalten. Daß man bei diesen sohales Entgegenkommen finden würde, in bezug auf die Lebetriftsbedingungen durch Anrechnung der Vertragsjahre, ist wohl nur eine Forderung der Billigkeit. Daß jede der beiden Parteien verpflichtet werden müßte, weder rednerisch noch literarisch, und zwar weder referierend noch kritisierend innerhalb einer bestimmten Zeit diesen Streit zu berühren, um jede Spur zu vermeiden und die gemeinsame Arbeit zu fördern, ist selbstverständlich, wie die weitere Forderung, daß die übergetretenen Fachabteilungen in ihrem katholischen Arbeiterverein verblieben und neue katholische Arbeitervereine nur dem Berliner Verband (anerkannt seines Gebietes im Nord- und Ostdeutschland) angeschlossen werden dürfen.

Wir geben ohne weiteres zu, daß es den Vertretern der Fachabteilungen schwer sein mag, eine Idee zu Grabe tragen zu scheuen, deren Praxis ohnehin bereits der Geschichte angehört. Aber wir halten dafür, daß es weit länger und der Sache dienlicher ist, die Unbeschreibbarkeit dieses Systems einzugehen, anstatt den vollständigen Zusammenbruch abzuwarten. Denn es gibt es weder Sieger noch besiegte. Und den Gegenvorwürfen müssen vorständig Rechnung zu tragen, ist wohl weit klüger, als sich dem wirtschaftlichen Entwicklungsgang noch einige Jahre entgegenzustemmen, um dann noch zu unterliegen. Es wäre ernstlich zu wünschen, daß diese Erkenntnis den Sieg davonträgt und daß mit der werdenden Centralisation des katholischen Arbeitervereins auch die Einigung im Gewerkschaftsstreite zu erhoffen stünde.“

Wir fürchten, daß diese Friedensvorschläge bei „Sip Berlin“ wenig Gegenliebe finden werden.

Sterbetafel.

Duisburg-Laar. Unser Kollege Fritz Buschmann starb am 8. März an einem Schloßleiden im Alter von 35 Jahren.

Magdeburg (Ottersleben). Am 28. Februar starb unser Kollege Josef Menecke an Lungenerkrankung im Alter von 37 Jahren.

Neheim. Am 3. März starb unser Kollege Wilhelm Aleich infolge Herzfehler im Alter von 38 Jahren.

München. Am 13. März starb unser treuer Kollege Josef Lühr, Elektromonteur, im Alter von 41 Jahren an Tuberkulose.

Kaiserslautern. Am 13. März starb unser Kollege Jakob Krauß im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden.

Falkau. Am 17. März starb unsere Kollegin Sophie Pfundstein an Körper Schwäche. Über 40 Jahre hat sie in der Draht- und Schraubenfabrik Falkau in Arbeit gestanden.

Chre ihm Lindenken!

Veranstaltungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Ortsverwaltung Duisburg. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Unterstützungen in Duisburg nur Wanheimerstr. 61 ausbezahlt werden und nur Samstags morgens von 10 bis 1 Uhr. In Ruhrtort, Mittwochs und Samstags von 4 bis 7 Uhr auf dem Bureau, Schulstraße 11.

Wir bitten die Kollegen uns Lustun zu geben, über folgende Kollegen: Buch-Nr. 118 238 Georg Mohr, 117 626 Franz Schumann, 117 650 Theodor Szumer, 117 666 Clemens Gabler, 116 782 Joh. Mouta, 117 653 Bernhard Vorl.

Duisburg. Donnerstag, den 24. März, abends 9 Uhr Standes- und Vertrauensmänner sitzung bei Küppers, Wanheimerstraße 61.

Gelsenkirchen-Berge-Börbeck. Samstag, den 26. März, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Westhoff, Hochstraße.

Eisenach. Samstag, den 9. April, abends 8½ Uhr in der Clemda.

Gelsenkirchen-Bulwark. Freitag, 1. April, abends 8 Uhr bei Ludwig.

Gelsenkirchen-Schalke. Samstag, 2. April, abends 8 Uhr bei Pegener.

Gelsenkirchen-Wedendorf. Montag, 4. April, nachmitt. 4 Uhr bei Waller.

Karlsruhe. Samstag, den 9. April, abends 8½ Uhr bei Seithel, Kaiserallee 27.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, den 2. April, abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gesellenheim. Unterstützungen werden ausbezahlt bei Käffner Jakob Jung, Lagerhausstraße 24 von 12—1 und von 7—8 Uhr. Vorsitzender: Christian Schmidt, Kanalstraße 2.

Mülheim-Ruhr. Sonntag, den 10. April, morgens um 11 Uhr bei Bäder am Körnefeind. Versammlung mit Vortrag. Unorganisierte mitbringen.

Mülheim-Brocum. Sonntag, den 10. April, nachm. 5 Uhr bei Höhle (früher Wettberg) Versammlung mit Vortrag.

Mülheim-Ettrum. Jeden 3. Sonntag im Monat, morgens 10½ Uhr in der Union in Ober-Ettrum Versammlung mit Vortrag.

Oberhausen. Sonntag, den 10. April, nachm. 4 Uhr bei Lemmering, Ecke König- und Düsselstr. Versammlung mit Vortrag über die Bundesratsverordnung. Unorganisierte mitbringen.

Niemands. Montag, den 28. März, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung.